

Wir haben was dagegen

Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft

Deutschland
Thüringen
Weimar
Weimarer Land



Wir haben was dagegen

Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft

Deutschland
Thüringen
Weimar
Weimarer Land

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen;
denn ich war kein Kommunist.

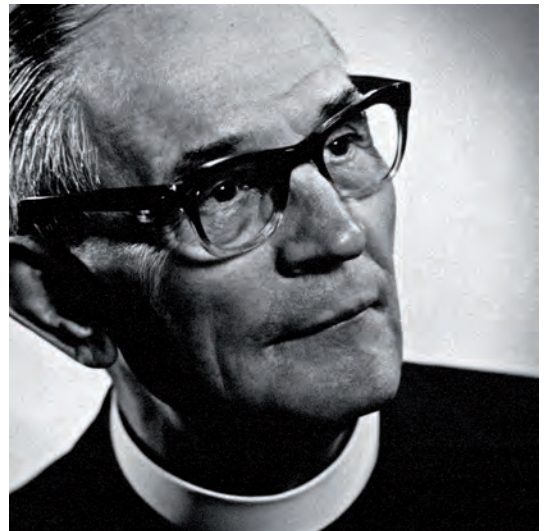
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie die Juden holten, habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Jude.

Als sie mich dann holten,
gab es keinen mehr, der hätte protestieren können.

Martin Niemöller, Pfarrer, KZ-Häftling 1937–1945



Inhalt

Das eigentliche Problem	5
Strukturen und Erscheinungen des Rechtsextremismus in Deutschland ...	9
Thüringen – Braunes Herz Deutschlands?	23
Weimar/Weimarer Land	33
Was wir dagegen haben sollten	49
Was wir dagegen haben	55
<i>Deutschland</i>	
<i>Thüringen</i>	
<i>Weimar/Weimarer Land</i>	
Anhang	79

Wegschauen, ignorieren, nicht darüber reden hilft nicht mehr

Der Rechtsextremismus hat in Deutschland Ausmaße angenommen, die wir nicht mehr hinnehmen dürfen. Rechtsextreme Gewalttaten, Hetzreden von NPD-Kadern in den Parlamenten, ausländerfeindliche, rassistische und antisemitische Denk- und Handlungsstrukturen in der Mitte der Gesellschaft sind an der Tagesordnung.

- Wir möchten mit dieser Broschüre über neue Tendenzen und agierende Personen im rechtsextremen Spektrum – vor allem auch in Thüringen und in der Region Weimar/Weimarer Land – informieren.
- Wir möchten zivilgesellschaftliche Gegenaktionen vorstellen.
- Wir möchten Sie und Dich ermutigen, sich deutlich gegen rechtsextreme Tendenzen zu positionieren – ob in der Firma, in der Schule, bei Wahlen, im Parlament oder im Sportverein.
- Wir möchten alle ermutigen, Verbündete zu suchen und gemeinsam mit ihren Kindern, Eltern, Nachbarn, Freunden und Kollegen die Demokratie zu schützen.

Das eigentliche Problem



Seit 1990 sind in Deutschland mehr als 130 Menschen von Rechts-extremen ermordet worden. Diese Toten sind nur die Spitze des Eis-berges aus Hass, tätlichen Angriffen, Beleidigungen, Pöbeleien und offenem Rassismus. Die Zahl rechtsextremer Gewalt hat in den zurück-liegenden Jahren stets zugenommen und erreicht bisweilen mehr als nur bedrohliche Dimensionen
Tagesspiegel, 09.07.2008

2008 wurden rund 14.000 rechtsextrem, fremdenfeindlich oder antise-mitisch motivierte Straftaten festgestellt – so viele wie nie zuvor. Dabei sind beinahe 1.000 Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Be-kannt ist jedoch auch, dass viele Betroffene aus Angst keine Anzeige erstatten oder rechtsextrem motivierte Straftaten von der Polizei immer noch als einfache kriminelle Handlungen eingestuft werden. Laut of-fiziellen Zahlen des Bundesamtes für Verfassungsschutz – das nicht für Übertreibungen in diesem Bereich bekannt ist – gehörten in den zurückliegenden Jahren jedoch »nur« etwa 35.000 Menschen der or-ganisierten rechtsextremen Szene an. Die im März 2009 vorgestellte Studie »Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt«, die der Kriminologe Christian Pfeiffer im Auftrag des Bundesinnen-ministeriums erstellte, belegt jedoch, dass sich weit mehr Jugendliche als bisher angenommen im braunen Dunstkreis bewegen.

Weiterlesen: www.kfn.de

Trotzdem müsste die Bundesrepublik mit 80 Millionen Einwohner/innen mit diesem »übersichtlichen« Problem nicht lächelnd fertig werden? Wo also liegt das Problem? Das Alarmierende ist: Bei bis zu 50 Prozent der deutschen Bevölkerung sind Versatzstücke rechtsextremen Den-kens nachweisbar, eine geschlossen rechtsextreme Ideologie geistert durch die Köpfe von bis zu zehn Prozent der Deutschen. Bundesweite und regionale wissenschaftliche Untersuchungen und Studien bewei-sen das. Nicht die organisierten Nazis in Parteien und Kameradschaf-ten also sind das größte Problem, sondern die Anschlussfähigkeit ihrer menschenfeindlichen Ideologie bei ganz normalen Mitbürger/innen wie du und ich.

Rechtsextremismus ist die Ge-samtheit von Einstellungsmustern, Verhaltensweisen und Aktionen, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen, das Gleich-heitsgebot der Menschenrecht-scharta ablehnen, den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen, den Wertepluralis-mus einer liberalen Demokratie ablehnen, Demokratisierung rückgängig machen wollen.

14,4 Prozent der ca. 50.000 befragten Neuntklässler sind sehr ausländerfeindlich. »Eindeutig rechtsextrem« sind 5,2 Pro-zent. Ebenso viele gaben an, Mitglied einer rechten Grup-pierung beziehungsweise einer Kameradschaft zu sein. »Stark antisemitisch« äußerten sich 4,3 Prozent der Jugendlichen.

»Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in gefährli-chem Maße überfremdet« - 49% der Befragten stimmen zu

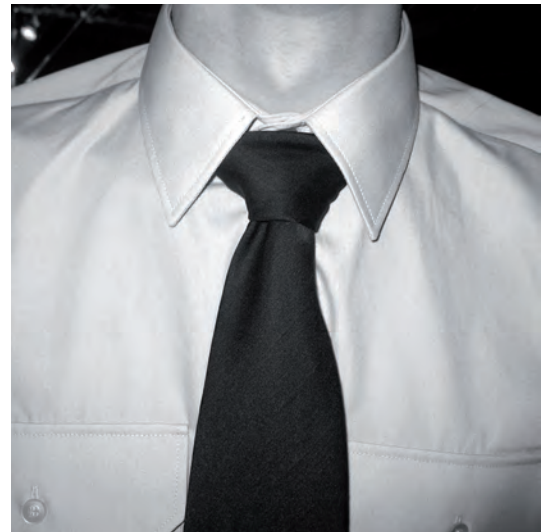
»Es gibt wertvolles und un-wertes Leben« - 24% der Befragten stimmen zu

»Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten« - 15% der Befragten stimmen zu

Aus: Michael Edinger, Andreas Hallermann, Karl Schmitt
»Thüringen Monitor 2008«
[www.thueringen.de/
 de/politisch/tm](http://www.thueringen.de/de/politisch/tm)

Prüfen wir uns also auch immer selbst in unserem Reden und Handeln, nehmen wir rassistische Sprüche und menschenverachtendes Verhalten in unserem Umfeld nicht hin. Betrachten wir rechtsextreme Parteien und Gruppierungen genau, um nicht auf ihre scheinbar harmlosen Sprüche hereinzufallen.

*Weiterlesen: Prof. Elmar Brähler/Dr. Oliver Decker: »Vom Rand zur Mitte«
unter www.fes.de/rechtsextremismus*





Strukturen und Erscheinungen des Rechtsextremismus in Deutschland



Die rechtsextreme Bewegung in Deutschland ist vielschichtig geworden. Die Aktivisten setzen bei der Rekrutierung neuer Zielgruppen auf Musik, lebensnahe Themen und abwechslungsreiche Freizeitgestaltung. Die Parteien fungieren als parlamentarischer Arm, »Freie Kameradschaften« und andere Neonazis sind für die Straßen zuständig. Die Neue Rechte liefert die passende Ideologie.

Derzeit lässt sich der Rechtsextremismus in der BRD grob in drei Teilerbe untergliedern:

- die rechtsextremistischen Parteien wie NPD, DVU und Republikaner
- die für einen »Führerstaat« streitende Neonazi-Szene, zu der die »Autonomen Nationalisten« und die mindestens 150 »Freien Kameradschaften« in Deutschland zu zählen sind
- Teile der oft gewaltbereiten Skinhead-Szene

Verbindende Elemente sind ein rückwärtsgewandter Nationalismus sowie ausgeprägter Rassismus und Antisemitismus. Hinzu kommen Wehrmachtsverbände wie z.B die »Gebirgsjäger«, revanchistische Kreise in Vertriebenenverbänden und – in der Grauzone zwischen Neo-Konservatismus und Nationalsozialismus – neurechte Intellektuelle, die auch am rechten Rand der konservativen Parteien zu finden sind.

Das Bild vom Rechtsextremen hat sich in den zurückliegenden Jahren gewandelt. Obwohl es den saufenden, prügelnden und grölenden rechten Skinhead in Springerstiefeln immer noch zur Genüge gibt, charakterisieren biedere Scheitel, mädchenhafte Zöpfe und adrette Kurzhaarfrisuren sowie sportliche Kleidung im Stile eher linker Demokulturen den Wandel. Dahinter stecken eine ganze Reihe von gezielten Strategien. Zum Beispiel bei der ...



NPD

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands strebt einen autoritären, völkischen Staat an, sie propagiert die Schaffung einer »deutschen Volksfront«. Ihr Strategiekonzept der drei Säulen besteht aus dem »Kampf um die Straße« – Demonstrationen und öffentliche Veranstaltungen – dem »Kampf um die Parlamente« – Teilnahme an Wahlen – und dem »Kampf um die Köpfe« – Schulung von Anhängern und Beeinflussung der politischen Meinung. Seit 2004 ist eine vierte Säule dazugekommen, der »Kampf um den organisierten Willen« – Bündelung möglichst aller nationaler Kräfte, um die Macht zu erlangen.

Die Partei verfolgt mittlerweile eine moderne Strategie: Über Musik oder Elemente aus der heidnisch-germanischen Mythenwelt verbreitet sie Aspekte ihrer rassistischen Ideologie und hat dadurch Zugänge gefunden zu unterschiedlichen Jugendkulturen. In Zusammenarbeit mit Neonazi-Kameradschaften kann sie Jugendlichen eine rechte Erlebniswelt bieten, die über eine hohe Anziehungskraft verfügt. Mit einem Durchschnittsalter von 37 Jahren hat die Partei heute die jüngste Mitgliedschaft aller Parteien.

Rechtlich gut beraten, rhetorisch geschult, in revisionistischen Geschichts-Crash-Kursen fit gemacht, mit eigenen tragfähigen ökonomischen Strukturen (Medien, Musikverlage und Kleidungsversände) versehen, über hohe Medienkompetenz (insbesondere im Internet) verfügend und mit einem geschlossenen neonazistischen Weltbild ausgestattet, tritt uns hier der erwachsen gewordene Nazi-Kader der nächsten Generation entgegen. Dabei können sie im ganzen Land stets damit rechnen, in breiten Bevölkerungskreisen menschenfeindliche Haltungen und rassistische Vorurteile aktivieren und nationalistische Stimmung anheizen zu können. Vor allem dort, wo politische Unzufriedenheit und Verunsicherung sowie soziale Ängste aktuelle Diskussionen im Lande dominieren, haben Rechtsextreme oft leichtes Spiel.

Die rein provokative Anti-Haltung ist einer strukturierten Offensive gewichen, an die versteckten rechtsextremen Gedankensplitter in den Köpfen der Menschen heranzukommen. Da werden Sportvereine, Elternbeiräte und Kirchengemeinderäte unterwandert, da tauchen geschulte Rechtsextreme in Bürgerinitiativen und Versammlungen auf und

»Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat.«

NPD-Vorsitzender **Udo Voigt** in der Wochenzeitung »Junge Freiheit«, September 2004

»Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahm zu legen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre Sache...«

Joseph Goebbels in der Propagandazeitung »Der Angriff«, 30. April 1928

»Es wird immer schwieriger, eigene NPD-Veranstaltungen in Deutschland durchzuführen. Besuchen wir daher im Sinne der Wortergreifungsstrategie die Veranstaltungen des politischen Gegners.«

Jürgen W. Gansel, seit 2004 für die NPD im Sächsischen Landtag **Argumente für Kandidaten und Funktionsträger**, 18.05.2007

versuchen mit der »Wortergreifungsstrategie« die Stimmung für sich zu drehen. Die rhetorisch trainierten Parteileute oder Kameradschaftsmitglieder versuchen, mit populistischen Argumenten und Gegenfragen ihre Gegner zu verunsichern und in die Enge zu treiben. Der rechtsextremen Szene steht eine zunehmende Zahl von Rechtsberatern und Anwälten zur Verfügung, die ihnen die Wege in die Öffentlichkeit gegen Demonstrationsverbote und Auflagenbescheide von Ordnungsämtern freikämpfen.

Leider gelingt es der rechtsextremen Szene in Deutschland durch ihre Anschlussfähigkeit an die massenhaft vorhandenen Versatzstücke rechtsextremen Denkens bei vielen Bürger/innen zunehmend, sich als wählbare Alternative oder gar letzte Hoffnung in einer »durch und durch verrotteten« Demokratie zu verkaufen. Dass hinter all dem professionellen und durchdachten Vorgehen letzten Endes aber nur die Hoffnung auf eine Wiedergeburt des mörderischen Nazi-Regimes steckt, ist auf den ersten Blick oft nicht zu erkennen – auf den zweiten und dritten aber umso deutlicher.

Parlamente

Bei den Kreistagswahlen 2008 in Sachsen hat die NPD 5,1 Prozent der Stimmen erzielt (2004: 1,3 Prozent). Damit ist sie erstmals in allen zehn sächsischen Kreistagen mit mehr als 40 Sitzen vertreten. Die erschreckende Spitze: In Reinhardtsdorf-Schöna in der Sächsischen Schweiz ging mit 25,2 Prozent jede vierte Stimme aus der Gemeinde an die rechtsextreme Partei. Sitzen die Abgeordneten der rechtsextremen Parteien erst einmal in den Parlamenten, versuchen sie meist durch Propagandareden auf sich aufmerksam zu machen oder stürzen sich in populistischer Manier auf soziale Missstände. Figuren wie Holger Apfel in Sachsen oder Udo Pastörs in Mecklenburg-Vorpommern verstehen sich als intellektuelle Meinungsführer innerhalb der rechten Bewegung.

Weiterlesen: www.endstation-rechts.de

»Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene Schuldkult und die ewige jüdische Opfertümelei muß sich kein Deutscher gefallen lassen. Es muß endlich Schluß sein mit der psychologischen Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk. Schließlich ist klar, daß die Holocaust-Industrie mit moralischen Vorwänden die Deutschen immer nur wieder finanziell auspressen will.«

»Auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus sollte sich mit dem Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben der NPD niemand festnageln lassen.«

Aus: »**Argumentationsleitfaden für Kandidaten**« von Udo Voigt, NPD, 2007

Udo Pastörs

»Seine Freizeit verbringt er am liebsten im Kreise seiner Familie. Neben Gartengestaltung und Architektur gehört auch klassische Musik zu seinem Interessensfeld.« verkündet seine Fraktion.

»Und hier an diesem Punkt werde ich Rassist - im positiven Sinne. Den Bantu-Negern das Bantu-Land, den Türken die Türkei, und uns Deutschen - und nicht mehr, aber auch nicht weniger - Deutschland.« sagt der gärtnernde Familienmensch im Juni im Schweriner Landtag.

Immobilien

Auch die vor allem vom Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger vorangetriebene Immobilien-Strategie gehört zu dieser Stoßrichtung. Mit der Ankündigung, in einer bestimmten Gemeinde ein großes Anwesen erwerben zu wollen, schaffen es Neonazis und NPD-Funktionäre regelmäßig, ganze Städte in Aufruhr zu versetzen. Und so entsteht, wenn es trotz Protesten doch immer wieder zu Käufen kommt, über die gesamte Bundesrepublik ein dichter werdendes Netz von Versammlungsorten, Schulungszentren und Rückzugszonen.

Finanzierung und Finanzskandale

Woher bekommt die NPD ihr Geld? Vor allem von ihren Mitgliedern und von dem Staat, den sie bekämpft – und damit von uns, den Steuerzahler/innen. Auch der Verkauf von Büchern, rechter Musik und rechter Kleidungs-Labels füllt die Kassen. Mit Abstand größter privater Gönner ist ein unauffällig lebender Rentner aus Leipzig, er hat der Partei über die Jahre mehr als 300.000 Euro vermacht. Regelmäßig wird die NPD auch in Testamenten bedacht.

Aufgrund der Wahlerfolge seit 1999 bekommt die NPD über die Parteienfinanzierung Geld vom Staat, dazu kommen die Fraktionsmittel. Neben den Abgeordneten selbst werden vom Landtag außerdem etliche Fraktionsmitarbeiter/innen bezahlt, wodurch diverse verdiente NPD-Kader wie auch verurteilte Neonazis mit sicheren Arbeitsplätzen versorgt werden. In Sachsen belaufen sich die Fraktionsmittel derzeit auf etwa 1,3 Millionen Euro, in Mecklenburg-Vorpommern auf etwa 600.000 Euro.

In den letzten eineinhalb Jahren holten die »saubere« NPD, die sich stets über raffgierige Politiker der etablierten Parteien mokiert, zwei Finanzskandale ein. Eine Selbstanzeige Anfang 2009 wegen einer nicht mehr auffindbaren Spendenmillion deutet auf eine absolut desolante Finanzlage hin. Viele hoffen, dass die Partei aufgrund der Rückforderung des Bundestages in Höhe von 2,2 Millionen Euro wegen eines fehlerhaften Rechenschaftsberichtes ruiniert ist. Jedoch reichen schon 0,5 Prozent der abgegebenen Stimmen bei den nächsten Wahlen, um aus dem Bundeshaushalt wieder eine Wahlkampfkostenerstattung in

Die Firmen Pühses Liste/**Deutsche Stimme Versand** im sächsischen Riesa bietet fast 3.000 Artikel an, darunter hunderte von CDs deutscher und internationaler Rechtsrock-Bands, Bekleidung wie »Wehrmachts-Splitter-Tarnjacken«, T-Shirts mit Aufdrucken wie »Ruhm und Ehre der Wehrmacht«, Schals mit Aufdrucken wie »Deutsches Reich« oder Wehrmachtsstahlhelme und Fahnen. Der Versand zählt zu einer der Geldquellen für die NPD.

Quelle: www.netz-gegen-nazis.de

Zu einer **Führungskrise** in der NPD führte die Verhaftung des NPD-Schatzmeisters Erwin Kemna im Februar 2008. Kemna hatte seit 2004 etwa 627.000 Euro der NPD zu privaten Zwecken veruntreut und wurde zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt.

Quelle www.netz-gegen-nazis.de

Millionenhöhe zu bekommen. Zusammen mit den möglichen Einzügen in die Landesparlamente von Thüringen, Sachsen, vielleicht auch dem Saarland, wären die Kassen spätestens ab 2010 wieder voll.

Autonome Nationalisten

Seit etwa 2003 formieren sich innerhalb des neonazistischen Lagers die »autonomen Nationalisten« – vor allem junge gewaltbereite Rechtsextremisten, die gegen die etablierten Gruppenführer und die vorherrschenden politischen Praktiken rebellieren. Sie orientieren sich hinsichtlich ihrer Ausdrucksformen (Kleidung, Vermummung, Symbolik, Sprache) teilweise an linken Autonomen. Dahinter steht mehr als blanke Provokation: Es geht um die Umdeutung linker Ausdrucksformen und die Eroberung neuer kultureller Räume.

Sie propagieren offensive (national-)revolutionäre Kampfformen gegen das »kapitalistische System« und verweigern sich der »zu laschen« Politik der rechten Parteien. Die Haltung zur NPD jedoch ist differenzierter: Ein Teil beharrt auf seiner organisatorischen Unabhängigkeit, ein anderer ist zur Zusammenarbeit bereit und praktiziert sie bereits. Mit Che-Guevara-T-Shirts und Palästinasertüchern drücken sie ihren Anti-Amerikanismus und Antisemitismus aus – und selbst Expert/innen haben oft Mühe, sie vom äußeren Erscheinungsbild als Rechtsextreme zu erkennen. Auch terroristische Anschläge aus ihren Reihen lassen sich nicht ausschließen. Dies belegt die Absicht der Münchener »Kameradschaft Süd«, am 9. November 2003 die Grundsteinlegung für eine Synagoge durch einen Sprengstoffanschlag zu verhindern.

Junge Nationaldemokraten

Mit den JN verfügt die NPD als einzige der rechtsextremen Parteien über eine zahlenmäßig relevante Jugendorganisation. Die Organisation sieht sich als »nationalistische Jugendbewegung Deutschlands« mit »revolutionärer Ausrichtung«. Sie bekennen sich zur »Volksgemeinschaft«, die sie in »einer neuen nationalistischen Ordnung« verwirklichen wollen. Kritische Distanz zur »Mutterpartei« wiederum wird in Äußerungen wie kurz vor dem NPD-Bundesparteitag 2009 deutlich: »Wir wollen nicht, wie in vergangenen Jahren und Jahrzehnten, immer



nur daneben stehen und zusehen, wenn die wichtigen Entscheidungen getroffen werden.« 2007 wurde der Politikstudent Michael Schäfer zum Vorsitzenden gewählt. Er wird als ein Vertreter der Neuen Rechten bezeichnet, als klassischer Schreibtischtäter und Stichwortgeber. Als Verfasser von Aufrufen gibt er der rechten Gewalt eine Richtung. Über eine pseudokritische Position zum Kapitalismus versucht Schäfer antisemitische, rassistische und völkisch-nationalistische Inhalte zu vermitteln.

Schülerzeitungen mit rechtsextremem Gedankengut und jugendspezifischen Themen als auch »Schulhof-CDs« werden durch JN-Aktivisten hergestellt und vertrieben, in Schulungen soll der »Kampf um die Köpfe«, die »intellektuelle Aufrüstung« der Bewegung verwirklicht werden. Auch der Schulerschluss mit radikalen Nationalisten außerhalb Deutschlands gehört zum Betätigungsfeld der JN.

»Fakt ist, Deutschland kann den Kampf um ein wirklich freies Europa nicht allein gewinnen. Globalisierung und Überfremdung sind Probleme die wir nur mit anderen souveränen, starken Nationalstaaten angehen können. Deshalb freuen wir uns über das neu entstandene europäische Jugendnetzwerk«

Michael Schäfer,
JN-Vorsitzender 2009 nach einem Treffen mit schwedischen, englischen und tschechischen Nationalisten

Heimatreue Deutsche Jugend

Eine der perfidesten Auswüchse rechtsextremer Aktivitäten war bis zum Verbot im März 2009 die nationalistische Elitebildung mit Kindern durch den Bund »Heimatreue Deutsche Jugend«. In Freizeitlagern der HDJ wurden Kinder ab sieben Jahren auf nationalistische Gesinnung und menschenverachtende Theorien eingeschworen. Zu den Vorbildern gehörten SS und HJ. So standen zum Beispiel das »Sippenprinzip« der SS »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« und das Führerprinzip der HJ bei der HDJ unter anderen an erster Stelle. Die Begrüßungen mit »Heil Dir« oder »Heil euch Kameraden« waren Pflichtprogramm in den Lagern der HDJ. Es steht zu befürchten, dass sich die Szene nach dem lange überfälligen Verbot der verfassungsfeindlichen Organisation in neuer Struktur wieder sammeln wird.

«Toleranz ist ein Begriff für Feige, Schwache und Menschen ohne wirkliche Überzeugung.»

Funkenflug 2/2006

Internet

Derzeit werden ca. 1.000 Internetseiten von deutschen Rechtsextremisten betrieben. Sie nutzen die Anonymität des Internets zur Selbstdarstellung, zur Verbreitung von Szenekontakten und zur Mobilisierung; in Chaträumen und einschlägigen Foren wird über Szeneinformationen, rechtsextremistische Musik und Computerspiele diskutiert.

Volksverhetzende und antisemitische Inhalte werden ebenso propagiert wie »schwarze Listen« politischer Gegner oder detaillierte Anleitungen zur Herstellung von Sprengstoff und Brandsätzen.

Um der Strafverfolgung in Deutschland auszuweichen, benutzen Rechtsextremisten meist ausländische – vornehmlich nordamerikanische – Provider. Das macht eine Strafverfolgung oft schwer bis unmöglich, nur selten gelingt es, anonyme rechtsextremistische Straftäter im Internet zu identifizieren. Trotzdem sollte man sich nicht scheuen, jugendgefährdende und rassistische Inhalte beim Jugendschutz anzuzeigen – natürlich auch in legalen Foren wie z.B. im Schüler-VZ.

Weiterlesen: www.jugendschutz.net

Rechtsrock

In der NPD gehört Rechtsrock – ob als Rock, Liedermachersong, Dark Wave oder so genanntem NSBM (National Socialist Black Metal) längst zum musikalischen Begleitprogramm. 1998 richtete die Partei erstmals den »Tag des nationalen Widerstands« in Passau mit 4.000 Besuchern aus, auf dem sich Reden mit Musikbeiträgen abwechselten. Über 100 CDs, die aus dem Kernbereich der Szene kommen, und 180 Rechtsrock-Bands machten Experten bereits 2007 aus, schwer zu erfassen ist die Verbreitung von Rechtsrock über das Internet.

Nach wie vor gilt Musik als »Einstiegsdroge« Nummer eins, und Rechtsrock ist mittlerweile auch ein millionenschweres Geschäft. Die Marktführer, wie der V7-Versand aus Grevesmühlen in Mecklenburg-Vorpommern oder der Wikingerversand aus Geiselhöring in Bayern, erzielen Jahresumsätze von weit mehr als 500.000 Euro. Voll im Geschäft ist auch Thorsten Heise aus Thüringen – Mitglied im Bundesvorstand der NPD – mit seinem Label und Versand »W & B Records«. Die in Großbritannien gegründete Organisation »Blood & Honour« hat sich die Verbreitung der rechtsextremistischen Ideologie über das Medium der Musik auf die Fahnen geschrieben. Sie wurde mittlerweile in Deutschland verboten, es gibt jedoch in einigen Bundesländern Anzeichen für das Fortbestehen der Strukturen.

»hi, ich benötige ein paar anleitungen, für **Rohrbomben** etc.! egal was hauptsache es knallt! Ich will mit meinen Kameraden ein paar bomben bauen und z.B. eine Punkerhütte zerstören oder nen Türkenladen. Für Links oder anleitungen wär ich dankbar!«

Eintrag in einem rechtsextremistischen Internetforum 2004

Der Bandleader und Gründer des Netzwerks »**Blood&Honour**« Ian Stuart Donaldson, 1993 verstorben, erklärte in einem Fernsehinterview: »Musik ist das ideale Mittel, Jugendliche dem Nationalsozialismus näher zu bringen. Besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden.«

B & H wird in Szenekreisen mit der Zahl »28« abgekürzt (nach dem zweiten und achten Buchstaben des Alphabets).

Weiterlesen:

www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/pb_rechtsextremismus

www.berlin-gegen-gewalt.de

Kleidung und Codes

Das Angebot von rechter Kleidung, Merchandising und Fanartikeln ist unerschöpflich. Es entstanden eigene Marken mit eindeutigen Namen: MASTERRACE (»Herrenrasse«) oder HATE-HATE (»Hass Hass«). Im Schriftzug an LONSDALE angelehnt ist die Marke CONSDAPLE. Gern antworten rechte Jugendliche auf Nachfrage, dass dies doch bloß übersetzt »britischer Polizist« heißen würde. Ganz so, als wenn sie nicht wüssten, dass »constaple« dann statt mit p mit b geschrieben werden müsste. Aber mit »constable« könnte nicht »nsdap« auf der Brust prangen.

In der rechten Szene ist die Marke »Thor Steinar« sehr beliebt. Das Besondere an der Marke ist, dass sie eine Vielzahl mehrdeutiger Symbole und Codes verwendet, die von »Unwissenden« oft als bedeutungslos oder harmlos eingestuft werden. Die Bedeutungen der doppelbödigen Bezüge erschließen sich erst bei genauerer Betrachtung und mit Hilfe der nötigen Hintergrundinformationen. Neben mythisch-nordischen Bezügen, deren Überschneidung zur nationalsozialistischen Ideologie leicht erkennbar ist, stellt »Thor Steinar« mit Aufschriften wie »Division Thor Steinar«, »Viking Division«, »Nordland«, »Nordmark« oder »Marinebrigade« Bezüge zum Zweiten Weltkrieg und dem Nationalsozialismus her. Ein weiterer wichtiger Teil der Kollektion beinhaltet Sport-, Gewalt- und Waffenbezüge: Namen wie »3. Halbzeit« (Randale nach Fußballspielen) oder »Hausbesuche« sprechen eine deutliche Sprache. Eine Kapuzenjacke ziert ein Adler, der einen Fisch greift. Für die Szene ist die Bildbotschaft eindeutig, steht doch der Fisch als Motiv für das Christentum. So symbolisiert der Aufdruck für sie den neuheidnischen Kampf gegen das Christentum.



Deutlich wird: Jeder, der eine solche Marke kauft, unterstützt wissentlich oder unwissentlich eine totalitäre, rassistische und menschenverachtende Ideologie. Zu Recht ist daher das Tragen der Marke im deutschen Bundestag, im Schweriner Landtag und in vielen Städten, Jugendklubs und Schulen verboten.

Weiterlesen:

www.mobit.org/Materialien/Broschuere_Investigate-Thor-Steinar.pdf

In Deutschland bestehen nach dem Fachmagazin »Der Rechte Rand« derzeit mindestens 45 Läden, die eindeutig auf rechte Szenekleidung spezialisiert sind. Die Vielfalt der Dress-Codes vom rechten Rand ist mittlerweile fast unüberschaubar geworden – von Zahlencodes wie die 18 (die für die Buchstaben A wie Adolf und H wie Hitler stehen) bis zu harmlos erscheinenden keltischen Symbolen und Riten.

Weiterlesen: www.dasversteckspiel.de

Brauchtumspflege

Im Gegensatz zum modernen Auftreten, mit dem Jugendliche überzeugt werden sollen, beruft sich die rechtsextreme Szene auf germanische Sitten und Bräuche. In Abgrenzung und Ablehnung anderer Kulturen werden sie als das einzig Wahre und Gute gepriesen, ein »guter Deutscher« solle sich daran orientieren. Da werden Sonnen- und Winterwenden gefeiert, der Heiligen Fahne und dem Heiligen Speer gefrönt. Runenzeichen – wie z.B. die as-Rune, die für »fruchttragendes Gedeihen von Mensch, Vieh und Feld, also für Blühen, Wachstum und Fruchtbarkeit« steht, das Bauernradkreuz, Anker und Fünffuß – werden ins Bewusstsein gerufen, »Tugenden« wie Führung und Gefolgschaft propagiert.

»**Schwarze Sonne**«: Aus zwölf Sig-Runen (bekannt aus dem Zeichen der SS) bestehendes, in der Szene weit verbreitetes Zeichen.

»**Keltenkreuz**«: Steht für die »Überlegenheit der weißen, nordischen Rasse«, im Oktober 2008 verboten.

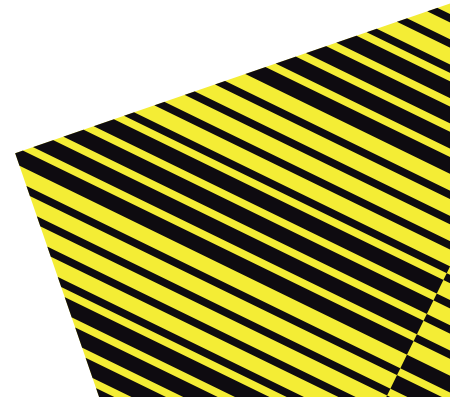
Zahlensymbole:

88 - analog für »Heil Hitler«,
14 - steht für die »14 Words« des Neonazis David Lane, laut Helge von Horn »eine Art Glaubensbekenntnis der rechten Szene«. Oft auch in Kombination: »**1488**«.

Aufmärsche und Feste

Der bisher größte rechtsextreme Aufmarsch in der Geschichte der Bundesrepublik mit zirka 6.000 Teilnehmern fand am 14. Februar 2009 in Dresden statt, organisiert von der »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland«, besucht von Alt- und Neunazis aller Couleur. Seit einigen Jahren benutzen rechtsextreme Kreise den Jahrestag der Bombardierung Dresdens für vorgebliche »Trauermärsche«. Eigentliche Aufgabe der Aufmärsche ist es, Stärke im »Kampf um die Straße« zu zeigen, verschiedene Flügel innerhalb der rechten Bewegung zusammenzuschweißen und eine Drohgebärde gegenüber der demokratischen Gesellschaft aufzubauen. Neben der Identität stiftenden Funktion sowie der Demonstration von Selbstbewusstsein und Geschlossenheit kommen den Groß-Aufmärschen praktische Bedeutung für die Szene zu: Am Rande werden Informationen ausgetauscht, Absprachen getroffen und bislang nur lose involvierte Gruppen und besonders Jugendliche fester angebunden.

Regelmäßig versucht die rechtsextreme Szene, mit Gedenkmärschen an die Ideologie ihrer »Helden« anzuknüpfen. Höhepunkte sind die jährlichen Hess-Gedenkmärsche in Wunsiedel (2004 mit ca. 4.000 Beteiligten) oder Ausweichveranstaltungen nach Verboten, z.B. 2007 in Jena. Im darauf folgenden Jahr wurden die Veranstaltung und Ersatzveranstaltungen endlich höchstgerichtlich untersagt. Immer wieder - und mit besonderer Vorliebe am 1. Mai - wird mit Themen wie »Zukunft statt Globalisierung« oder »Sozial geht nur national« zu Kundgebungen und Aufmärschen unter anderem in Nürnberg, Hamburg und Erfurt aufgerufen. Ebenfalls besonderen Event-Charakter haben die rechten Feste wie der »Sachsentag«, das so genannte »Fest der Völker« in Jena bzw. Altenburg. Der geplante rassistische Anti-Islam-Kongress am 20. September 2008 ist am Widerstand der Kölner Bevölkerung und Unterstützung aus ganz Deutschland kläglich gescheitert.



Neue Rechte

Weniger bekannt als die offen rechtsextremen Parteien oder Kameradschaften – aber nicht minder gefährlich – ist die Bewegung der so genannten »Neuen Rechten«. In zahlreichen illustren Organisationen, Verlagen und Zeitschriften versuchen sich national-konservative bis rechtsextreme »Intellektuelle« in offener oder versteckter Holocaust-Leugnung, nationalistischer Kapitalismuskritik und pseudowissenschaftlicher Geschichtsverdrehung. So wird der Zeitschrift »Die Junge Freiheit« eine Scharnier-Funktion zwischen demokratischem Konservatismus und Rechtsextremismus zugesprochen, auch wenn das Blatt sich mittlerweile bemüht, nicht mit Rechtsextremisten in Verbindung gebracht zu werden.

Als ein Beispiel von vielen sei der »Arndt Verlag« Kiel genannt – der ungestraft seit Jahren geschichtsrevisionsistische und Holocaust leugnende Schriften wie beispielsweise von Günter Deckert und David Irving verlegt oder vertreibt. Das Anliegen des »Instituts für Staatspolitik« ist ein Brückenschlag von der extremen Rechten hin zu konservativen Kräften.

Offener Ausländerhass wird in diesen Kreisen dann beispielsweise in den verschleiernenden »Ethno-Pluralismus« umgewandelt. Hinter der hier beschworenen »kulturellen Identität« der unterschiedlichen Völker verbergen sich sozialdarwinistische Sichtweisen und ein ausgeprägter, allerdings »modernisierter« Rassismus, bei dem lediglich der Begriff Rasse bewusst vermieden wird. Das Ergebnis dieser »Thesen« ist ebenso rassistisch wie der offensichtliche Ausländerhass: »Nicht-Deutsche« sollen aus dem Land gejagt und niemand ins Land gelassen werden, der nicht den völkischen Vorstellungen der Neu-Braunen entspricht.

Weiterlesen: www.apabiz.de

Referenten bei IfS-Tagungen:

Bastian Cleve (Co-Produzent des Films »So weit die Füße tragen«), Arnulf Baring, Alain de Benoist (Vordenker der europäischen »Neuen Rechten«), Klaus Hammel (Oberst a.D., ehemaliges Mitglied des Bundes freier Bürger), Martin Hohmann (MdB), Lothar Höbelt (Ideologe der FPÖ), Dag Krienen (Autor von Etappe und Junge Freiheit), Frank-Lothar Kroll (Dozent und Referent u.a. für Preußeninstitut, Institut für Konservative Bildung und Forschung, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und Hannah-Arendt-Institut), Hermann von Laer (Referent bei der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V. und Arbeitskreis für deutsche Politik e.V.), Siegfried Uhl (Bund Freiheit der Wissenschaft e.V.), Manuel Ochsenreiter (JF-Redakteur), Bernd Rabehl (früherer APO-Theoretiker und Referent bei verschiedenen Burschenschaften), Gunnar Sohn (Herausgeber Criticon), Erich Vad (zuletzt Referent für Außen- und Sicherheitspolitik bei der CSU), Michael Wiesberg (JF-Autor, ehemaliger Parlamentarische Berater der REP-Landtagsfraktion Baden-Württemberg und Referent der Karlsruher Freitagsgespräche)...

Quelle: Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum, www.apabiz.de





Thüringen – Braunes Herz
Deutschlands ?



Thüringen ist seit langem ein bedeutender Standort rechtsextremistischer Ideologieproduktion, ein »Musterland« der Zusammenarbeit von NPD und Kameradschaften und mit durchschnittlich zwei Konzerten pro Monat ein Zentrum des Rechtsrock. Überfälle auf wehrlose Passanten, alternative Jugendzentren und vermeintliche politische Gegner stehen auf der Tagesordnung.

Strategien

Für 2009 wittert die Nazi-Szene in Thüringen Morgenluft. Die NPD hat sich im internen Machtkampf unter den rechtsextremen Parteien gegen die DVU durchgesetzt und will zur Landtagswahl antreten. Sie wird versuchen, nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern in das dritte Landesparlament einzuziehen, und ihre Chancen stehen dabei erschreckender Weise nicht besonders schlecht. Der Thüringer Landesverband der NPD konnte in den letzten Jahren seine Mitgliederzahl in 17 Kreisverbänden insgesamt auf über 500 erhöhen. An der Einwohnerzahl gemessen nimmt er damit gemeinsam mit den Landesverbänden Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen den traurigen »Spitzenplatz« ein. Die Akteure treten mit Attacken gegen die etablierten Parteien auf – vor allem mit wirtschafts-, sozial- und tagespolitischen Themen. Ziel ist es, als Sachwalter der »kleinen Leute« wahrgenommen zu werden.

In Vorbereitung auf das Wahljahr 2009 rief der Landesverband seine Mitglieder und Kreisverbände schon 2006 zu verstärktem kommunalpolitischen Engagement auf. Es gelte, kommunale Angelegenheiten aufzugreifen und ihnen gegenüber Stellung zu beziehen, in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen mitzuarbeiten, an Stadtrats- und Kreistagssitzungen teilzunehmen, die Lokalpresse und die politischen Kontrahenten zu beobachten sowie in der Region regelmäßig Präsenz zu zeigen. »*Thüringen Stimme*«, *September 2006*

Wenn es der Partei gelänge, »kommunal Fuß zu fassen« und sich »als unübersehbare politische Kraft in Thüringen zu etablieren«, sei 2009 der Einzug einer »nationalen Opposition« in den Erfurter Landtag realistisch, so die Parteikader auf ihrer Internetseite. Seither sitzen bekannte rechtsextreme Kader schon mal »Probe« auf den Besucherbänken der Stadträte in Gotha, Erfurt, Weimar und anderswo und versuchen,

Die NPD konnte in Thüringen 2005 den **Wählerstimmenanteil** von 0,2 % im Jahr 1999 auf 1,6 % steigern. Bei der Bundestagswahl im Jahr 2005 erreichte die NPD in Thüringen ihr deutschlandweit zweitbestes Ergebnis, als sie 3,7 % der Zweitstimmen erhielt.



durch »Bürgeranfragen« rechte Themen und Parolen zu transportieren. Schulungsprogramme mit den Schwerpunkten »Politikschulung«, »Argumenteschulung«, »Rhetorikschulung« und »Kommunalpolitikschulung« werden aufgelegt, Themen sind »Strukturen der Kommunen und Landkreise«, »Kommunalrecht«, »Möglichkeiten der NPD im Kommunalparlament«, »Handlungsstrategien zu einer bürgernahen Politik« sowie »Umgang mit politischen Gegnern im Parlament«.

Im Februar 2009 rief der Landesvorsitzende Frank Schwerdt bezeichnenderweise dazu auf, die Gewalt und das Infragestellen der Demokratie im Interesse der Wählbarkeit für eine Weile ruhen zu lassen. Die Anzahl der rechtsextrem motivierten Straftaten in Thüringen hat sich im Jahr 2008 um 54,4 Prozent von 753 auf 1.163 gesteigert. Der eklatante Anstieg ist einerseits auf eine gestiegene Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Szene zurückzuführen, andererseits werden – längst überfällig – rechtsextreme Delikte nun doch häufiger als solche auch benannt. 2007 wurden ein Teil dieser Straftaten (hauptsächlich Propagandadelikte) unter der Rubrik »nicht zuzuordnen« aus der Statistik genommen.

Themen

Das Themenfeld, auf dem sich Rechtsextreme betätigen, hat sich auch in Thüringen in den letzten Jahren verändert und erweitert. Zum einen besetzen sie unter Berufung auf den Nationalsozialismus »klassische« Bereiche wie Rassismus und Antisemitismus, die in ihren Forderungen gegenüber Flüchtlingen und Ausländern ihren Ausdruck finden: »Arbeit zuerst für Deutsche«. Neuerdings greifen NPD und Freie Kräfte aber auch kommunal- und landespolitische Themen auf, um sich Gehör zu verschaffen. Insbesondere setzen sie sozialpolitische Schwerpunkte: So schlossen sie sich 2004 an die Proteste gegen Hartz IV an, thematisieren die Abwanderung aus Ostdeutschland, der sie mit Heimatverbundenheit begegnen, fordern eine Erhöhung des Kindergeldes (für Deutsche) und eine Absenkung der Krankenkassenbeiträge.

»Ich appelliere hier an die Vernunft aller Beteiligten. Es kann nicht in unserem Interesse sein, in einem so wichtigen Wahlkampf als »Bürgerschreck« aufzutreten. Ein seriöses Auftreten heißt nicht, seine Positionen zu verraten. Ich möchte, daß wir im Wahlkampf durch Fakten, Inhalte und Positionen überzeugen und gerade dafür ist es wichtig, daß wir durch falsches Auftreten nicht von unseren Inhalten ablenken. Es mag manchem vielleicht nicht gefallen, aber ich bin der Meinung, wir müssen in diesem Landtagswahlkampf nicht die Systemfrage stellen, um zu gewinnen.«

Frank Schwerdt, 07.02.2009,
NPD-Landesparteitag

Wenn in Thüringen ein Sexualdelikt zu beklagen ist, ein Theater geschlossen werden soll oder eine Firma Pleite geht, dann ist es nicht selten die NPD, die sich als Trittbrettfahrer zum Anwalt der Betroffenen machen möchte. Bei diesen Gelegenheiten versuchen die Akteure, sich dann mit Parolen wie »Todesstrafe für Kinderschänder« oder »Sozial geht nur national« beliebt zu machen. Mit Events wie dem erwähnten so genannten »Fest der Völker« (2007 in Jena, 2008 in Altenburg), dem »Thüringentag der nationalen Jugend«, »Rock für Deutschland« und den NPD-»Familienfesten« will man Präsenz zeigen und sich vor allem für Jugendliche attraktiv machen. Nebenher wird die klamme Parteikasse aufgefüllt.

In die Strategie der Unterwanderung und Neugründung von anscheinend harmlosen Vereinen gehören zum Beispiel die »Deutsch-Russische Friedensbewegung europäischen Geistes« mit Sitz in Arnstadt, die volksverhetzende Vorträge organisiert, der Verein »Schöner Leben in Erfurt« (2009 nicht mehr öffentlich aktiv) und der Verein »Pflege Deutscher Denkmäler in Thüringen« in Lauscha, der engste Verbindungen zur rechtsextremen Kameradschaftsszene unterhält, und andere mehr.

Weiterlesen: <http://npd-blog.info>

Ähnlich im Sport: Neonaziverstrickungen gibt es im »Eastfight e.V.« Gera, der Erfurter Nazisportverein »SV Vorwärts« trainierte in einer städtischen Sporthalle Nahkampf-Techniken, in Hildburghausen gründete sich der »SV Germania Hildburghausen« mit Hintermännern aus der örtlichen NPD-Spitze, in Weimar versuchte der »FC Hardcore« im Vereinswesen Fuß zu fassen. Die teilweise vorbestraften Spieler trugen alle die 88 als Rückennummer und beleidigten farbige Gegenspieler rassistisch – nur einige Beispiele aus der Kette der Versuche rechts-extremer Akteure, sich über Sport- und Jugendvereine in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren.



Rechtsrock

Mit rechtsextremistischer Musik wird versucht, das subkulturelle Spektrum zu umwerben und Jugendliche zu gewinnen. In Thüringen gab und gibt es seit 1990 über 50 Bandprojekte mit so bezeichnenden Namen wie »Blutstahl« aus Jena, »Sturmangriff« aus Sonneberg, »Eugenik« aus Gera und »Radikahl« aus Weimar. Letztgenannte ist eine der bekanntesten und ältesten deutschen Rechtsrock-Bands mit fast ausschließlich offen neonazistischen Texten. Seit Mitte der neunziger Jahre besteht das Projekt »Radikahl« nur noch aus dem Sänger Manfred Wiemer, der unter anderem auch für das rechte Label »Problemkinder« Modell steht. Ende 2006 veröffentlichte Wiemer über sein eigenes Label »GvB-Produktion« eine neue Radikahl-CD.

Eine wichtige Subkultur, die gewissermaßen eine Thüringer Besonderheit darstellt, ist der »nationalsozialistische Blackmetal« (NSBM). Kein anderes Bundesland weist so viele Interpreten, Vertreiber und Fans dieser Sparte rechter Musik auf, wie Thüringen. Zum ebenfalls in Thüringen aktiven »nationalsozialistischen Hardcore« (NSHC) gehören Bands wie Brainwash, Eternal Bleeding, und Moshpit aus Altenburg/Altenburger Land.

Die Band »Volksverhetter« war in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine populäre Rechtsrock-Band aus dem thüringischen Sonneberg und Suhl, die auch unter dem Namen »VV1« auftrat. Ihrem Namen machte die fünfköpfige Gruppe alle Ehre; so bestanden die Lieder ausschließlich aus extrem rechten Ressentiments und Aufrufen zur Gewalt. Nach der Auflösung spielten die Mitglieder in der Band »Sturmangriff« weiter und ab 2005 unter dem Namen »Unbeliebte Jungs«.

Die extrem rechte Band »SKD« aus Gotha tauchte erstmals im Frühjahr 2005 auf und ist Nachfolger von zwei anderen rechtsextremen Musikgruppen. Ihr Name steht für »Sonderkommando Dirlwanger«, benannt nach einer besonders grausamen und sadistischen Einheit, die vom SS-Oberstürmer Oskar Dirlwanger im Zweiten Weltkrieg aufgestellt wurde. Mit diesem Label brüstet sich nun eine vierköpfige Musikerguppe aus Gotha und hetzt bei ihren Auftritten mit typisch rechtsextremen Liedtexten im so genannten »RAC«-Stil (»Rock Against Communism«) gegen alles, was nicht ins eigene Weltbild passt.

Manfred Wiemer, Wohlsborn, Sänger von »Radikahl« verurteilt wegen Volksverhetzung, vertreibt über seine »Götz-von-Berlichingen-Produktion« rechtsextreme Musik und Kleidung, modelt für »Problemkinder«-Labels, unterhält gute Kontakte zu regionalen und internationalen Neonazis

»Du gehst wie jeden Freitag in die Kneipe rein und da steht er da, so ein buntes Schwein. Mitten im Gefecht, hörst du auf zu denken, du willst ihn nur noch töten, keiner kann dich lenken. Du hast ihn vor der liegen, hilflos schon am Boden, da nimmst du noch mal Anlauf und springst ihn in den Hoden.... Du bist im Bluttausch, ja im Bluttausch, deine Bestie kommt jetzt raus...«.

aus dem Song »Bluttausch« von »**Volksverhetter**«, die CD 1997 im vom heutigen NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt gegründeten Label »Vortrag-Buch-Reise«

In der Rechts-Rockszenen hat die Band bereits einen überregionalen Kultstatus. Eine als »Weihnachtsgeschenk« verpackte neue Ausgabe der »Schulhof-CD« sollte im Dezember 2008 vor allem Berufsschüler für die NPD einnehmen.

Weiterlesen: <http://artthur.antifa.net>

Aufmärsche und Feste

In den letzten Jahren hat sich Thüringen zu einem überregional bedeutenden Aufmarschplatz für Rechtsextreme entwickelt. Die Rudolf-Heß-Märsche in Jena, der »Thüringentag der nationalen Jugend« in Eisenach, der »1.-Mai-Aufmarsch« 2007 in Erfurt mit über 1.000 Teilnehmern, »Rock für Deutschland« 2007 und 2008 in Gera, die NPD-Demonstration im April 2008 in Weimar mit ca. 400 Teilnehmern, das »Fest der Völker« 2007 in Jena und 2008 in Altenburg mit jeweils ca. 1.500 in- und ausländischen Teilnehmern waren einige der Events, die die rechtsextreme Szene in Thüringen inszenierte.

Beim sogenannten »Fest der Völker« zeigen sich sehr deutlich die Bestrebungen der Szene zu internationaler Vernetzung. Das Musikereignis basiert auf dem rechtsextremen Konzept des Ethnopluralismus, das für die kulturelle und ethnische Homogenisierung von Staatsgemeinschaften eintritt, multikulturelle Gesellschaften aber strikt ablehnt. Nur so ist zu erklären, warum sich deutsche Rechtsextremisten mit den Nachfahren der ehemaligen Feinde treffen, um in Thüringen gemeinsam zu feiern. Hinzu kommen zahlreiche Kundgebungen und Infostände. Im Rahmen der breit angelegten Mitgliederkampagne führte die NPD allein von Mai bis Juli 2007 mehr als 40 Kundgebungen und ca. 60 Informationsstände in nahezu allen Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens durch. Der »Kampf um die Straße« ist also in vollem Gange.

Orte

Brennpunkte rechtsextremer Alltagsdominanz sind Regionen wie Südthüringen, Teile Ostthüringens und der Landkreis Gotha. In Städten wie Gotha, Apolda, Gera und Suhl gehören Straßendominanz und -gewalt zum Alltag.

In einigen Orten gelang es der rechtsextremen Szene, Immobilien zu kaufen oder zu mieten, um dort Schulungen, Vernetzungstreffen, Konzerte und Besäufnisse abzuhalten. Besonders unruhlich bekannt ist das »Braune Haus« in Jena, in dem beispielsweise im Januar 2009 der berüchtigte Nazi und Holocaust-Leugner Horst Mahler (Februar 2009: Horst Mahler wird endlich wegen Volksverhetzung zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt) einen Vortrag hielt.

Eine der bekanntesten Nazi-Immobilien in Thüringen ist das »Schützenhaus« in Pößneck. Bereits im Jahre 2003 erwarb Jürgen Rieger das Schützenhaus in Pößneck im Namen einer Stiftung. 2005 fand hier der NPD-Landesparteitag statt, ein Nazi-Konzert mit mehr als 1.000 Teilnehmern schloss sich an. Ein Konzertverbot der Stadt Pößneck konnte damals nicht durchgesetzt werden konnte, da nur ca. 300 Einsatzkräfte der Polizei zur Verfügung standen. Nach zeitweiliger Löschung der Stiftung aus dem Handelsregister ist sie derzeit wieder aktiv, und Rieger kann erneut über die Immobilie verfügen.

Medien

Neben der verstärkten Internet-Präsenz entäußert sich die Thüringer rechtsextreme Szene in Zeitungen mit so harmlos klingenden Namen wie »Bürgerstimme«, »Rennsteigbote« und »Wartburgkreisbote« mit Veranstaltungshinweisen, Artikeln zur Tagespolitik und Kleinanzeigen »von und für Kameraden«. Hinzu kommen Kampagnezeitungen und eine Unmenge von Flugblättern, die – teils anonym, teils unter falscher Autorenschaft, aber auch offen von NPD-Kadern gezeichnet – an Infoständen oder in Briefkästen verteilt werden.

Jüngstes Beispiel ist das Flugblatt zur Wahl »Arbeit, Familie, Heimat«, farbenfroh verziert mit einem Fachwerkhaus. Da wird »Arbeit zuerst für Deutsche« gefordert. Dass es längst Gesetz und Praxis ist, Arbeitsplätze zuerst an Deutsche zu vergeben, ist an der NPD anscheinend vorbei gegangen.

Braunes Haus Jena

- Bewohner und Nutzer André Kapke, führender Kader der Kameradschaft „Nationaler Widerstand Jena« (NWJ)

Ralf Wohlleben, stellvertretender Landesvorsitzender der NPD Christian Kaiser Vorsitzende der JN Thüringen. Regelmäßige Veranstaltungen der neonazistischen Jenaer Burschenschaft Normannia

Konzertveranstaltungen von rechten Skinheadbands und Liedermachern Schulungs- und Vernetzungstreffen von Kameradschaften, der NPD und der JN

Wiederholt gingen vom „Braunen Haus« rechtsextremistische Straftaten aus, trotzdem wurde bis heute nicht ernsthaft versucht, mit polizeilichen und juristischen Mitteln dem Nazihaus beizukommen.

Jürgen Rieger

Seit beinahe vierzig Jahren einer der aktivsten Neonazis Deutschlands, Vertreter des ultra-rechten Flügels, stellvertretender Parteivorsitzender, gute Verbindungen zur Freien Kameradschaften, Rechtsanwalt, nutzt Gerichtsverfahren als Bühne für volksverhetzende Propaganda, sein Ziel ist der Einzug in den Bundestag.

Strukturen und Personen

Der 1990 gegründete Thüringer NPD-Landeverband ist für gewaltbereite Neonazis weit geöffnet. Die in Thüringen lokal verankerte Freie Kameradschaftsszene kennzeichnet eine besondere Situation: Die im Umfeld der Freien Kräfte tätigen Personen sind gewaltbereit und aktivistisch, dennoch ist die NPD an einer Zusammenarbeit mit ihnen generell interessiert bzw. auf diese zur Durchführung von Aktionen unbedingt angewiesen. Entsprechend lässt sich dieser Personenkreis zur Unterstützung des Wahlkampfes der NPD im Jahr 2009 aktivieren.

Wenn man die Zusammensetzung des aktuellen NPD Landesvorstandes betrachtet, kann man feststellen, dass dieser fast ausschließlich mit Personen besetzt ist, die aus der »Freien Szene« kommen. In Thüringen sind Kameradschaften in fast allen Landkreisen aktiv, unter anderem in Eisenach, Sömmerda und Heiligenstadt.

Mit dem Landesvorsitzenden Frank Schwerdt, der sich schon seit den 1960er Jahren in rechtsextremen Kreisen tummelt, hat die NPD eine Figur mit Verbindungen sowohl zu den Freien Kameradschaften als auch zu höchsten rechtsextremen Kreisen. Seine Parteienkarriere reicht von NPD über CDU zu Republikanern und wieder NPD, dort sitzt er auch im Bundesvorstand. Mehrfache Vorstrafen wegen Volksverhetzung und Verherrlichung des NS-Regimes stehen auf seinem Konto. All das qualifiziert ihn als Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahlen 2009. Sein Stellvertreter Patrick Wieschke aus Eisenach zählt zu den führenden Neonazi-Kadern in Westthüringen, Redner und Anmelder bei zahlreichen extrem rechten Demonstrationen und Kundgebungen. Er war bereits als jugendlicher Mitglied in der Kameradschaftsszene von Eisenach (NSAW), ist mehrfach vorbestraft – unter anderem wegen eines Anschlags auf einen türkischen Imbiss in Eisenach im August 2000 -, was die NPD nicht hinderte, ihn als Kandidaten für die Bundestagswahl aufzustellen. Der als Unternehmer bezeichnete Patrick Weber unterhält einen rechtsextremen Internetversand, wo Textilien und CDs mit rechtsextremem Hintergrund zum Kauf angeboten werden, und veranstaltet Rechtsrockkonzerte mit berüchtigten Nazibands wie »Ehre und Stolz« und »Exitus«. Mit von der Partie im Landesvorstand ist auch Martin Rühlemann aus Weimar, der sich als vorbestrafter Schläger »Leiter des Thüringer Ordnungsdienstes« der NPD nennt. (siehe auch

unter Weimar/Weimarer Land). Ein führender Aktivist der freien Kameradschaftsszene ist Thorsten Heise aus Fretterode/Eichsfeld, militanter Neonazi, Mitglied im Bundesvorstand der NPD und neuerdings auch Kandidat für den Bundestag. Heise – ebenfalls mehrfach vorbestraft wegen schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch, Nötigung und Volksverhetzung, sowie Verwendung verfassungswidriger Symbole – gehört zu den Drahtziehern des Projekts »Schulhof-CD«. Er unterstützte die Neonazi-Großveranstaltungen in Thüringen wie das »Fest der Völker« in Jena oder »Rock für Deutschland« in Gera als Sponsor. Hier zeigt sich schon im Personal deutlich, wessen Geistes Kind die Thüringer NPD ist, auch wenn sie zum Beispiel mit den Studenten Sebastian Reiche oder Hendrik Heller versucht, sich ein Saubermann-Image zuzulegen und neue Wählerkreise zu gewinnen. Von Machtkämpfen innerhalb der Thüringer NPD zeugt der Rausschmiss des ehemaligen Kreisvorsitzenden von Erfurt-Sömmerda, Kai-Uwe Trinkaus, im Juli 2008. Der ehemalige NVA-Offizier habe »daran gearbeitet, Funktionen und Möglichkeiten innerhalb der NPD dazu zu missbrauchen, eine Konkurrenzorganisation namens ›Pro Erfurt‹ aufzubauen.« so die Begründung.

Weiterlesen: <http://artthur.antifa.net>
www.deine-stimme-gegen-nazis.de

Frauen

Illustre Frauen- und Mädclvereine spiegeln die wachsende Rolle von Frauen in der rechtsextremen Szene wieder. Da gibt es den »Mädclring Thüringen«, deren Angehörige sich als »Kämpferinnen für die nationale Sache« verstehen (derzeit öffentlich nicht aktiv) oder den Verein »Ferienwald« mit dem Schwerpunktthema Familie. Eine der Aktivistinnen ist die Erfurterin Isabell Pohl, Mutter von drei Kindern, seit vielen Jahren in der Nazi-Szene, Organisatorin von rechten Konzerten und Rednerin auf Neonazi-Kundgebungen. Pohl veröffentlichte zahlreiche Texte, die sich positiv auf den Nationalsozialismus bezogen, darunter auch Originaldokumente wie beispielsweise das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« aus dem Jahr 1933.

Weiterlesen.: <http://artthur.antifa.net>

»Jeder wundert sich wie sowas in der Partei sein kann und keiner tut was, seid ihr alle blind, das ist ein Spalter und bezahlter vom VS (Verfassungsschutz) ! Wenn er wenigstens was drauf hätte, der kann nicht reden, sieht aus wie eine Karikatur, hat keine Überzeugung außer seiner eigenen Person, hat es mit Schwulen und so weiter - warum schmeißt denn keiner rauf? Was seid ihr denn für unfähige Penner in EF, warum ist der immer noch da?«

schrub ein »Kamerad« auf einer Nazi-Plattform über **Trinkhaus**

»Wenn es das Ziel nationalsozialistischer Männergemeinschaften ist, Männer zu soldatischer und ritterlicher Haltung zu erziehen, so wollen wir versuchen, **Frauen** mit mütterlichen Herzen heranzubilden. Beide gehören zusammen und brauchen einander. Denn der Ritter und die Mutter haben zu allen Zeiten in der Geschichte eins gemeinsam gehabt, nämlich das Beschützen alles dessen, was schutzbedürftig ist. ... Die Frau aber folgt ihrem Lebensgesetz, als Hüterin alles Lebendigen und alles Wachsenden wird sie zur Mutter ihres Volkes.«

Eintrag auf der Homepage der Organisation



Weimar
Weimarer Land



Rechtsextreme Gewalt in Weimar

Wie in vielen Gegenden Ostdeutschlands begannen auch in Weimar – offiziell streng verschwiegen – bereits zu DDR-Zeiten rechtsextreme Aktivitäten. So kam es im Juli 1989 im Weimarahallenpark zu geradezu pogromartigen Ausschreitungen größerer Menschenansammlungen – es wird von bis zu 100 Teilnehmer/innen berichtet die Nicht-Deutsche mit rassistischen Parolen und Wurfgeschossen angriffen. Nach der Wiedervereinigung gingen rechtsextreme Umtriebe weiter, im Visier der Nazi-Skins stehen Ausländer und »Linke«.

1990: Rechte Schläger überfallen einen Mocambiquaner, er wird lebensgefährlich verletzt

1990: Ca. 100 Neonazis »feiern« Deutschland als Fußballweltmeister mit einem brutalen Überfall auf das besetzte Hausprojekt Gerberstraße.

1991: Skinheads prügeln einen sowjetischen Offizier ins Koma.

1991: Rechte Banden stürmen das Studentenwohnheim am Jakobsplan, zerstörten das Inventar ausländischer Studierender und attackierten einen Farbigen mit Messern.

1993: Die Wohnung eines Weimarer Unternehmers wird von verummten rechtsradikalen Jugendlichen überfallen und verwüstet.

1995: Jugendliche prügeln nach einem Skinhead-Treffen einen Weimarbesucher vor dem Nationaltheater zu Tode.

1997: Ein vietnamesischer Gemüsehändler wird fast zu Tode geprügelt.

1998: Eine Gruppe rechter Jugendlicher macht über Monate den Theaterplatz unsicher; ausländische Student/innen werden angepöbelt und geschlagen.

1999: Vier Schriftsteller werden nach einem Gaststättenbesuch von einer Gruppe Neonazis überfallen.

2000: Wiederholt fotografieren sich Besucher der Gedenkstätte Buchenwald gegenseitig beim Zeigen des Hitlergrüßes.

2003: Ein chinesischer Student wird in der Nähe des Theaterplatzes ins Gesicht geschlagen.

2005: Teilnehmer/innen einer Zukunftskonferenz werden auf rechts extremen Internetseiten mit detaillierten Informationen zur Person dargestellt und bedroht.

»In Auschwitz wurde niemand umgebracht, und ich sage es klipp und klar: Leider wurde niemand umgebracht. Und wir als junge deutsche Generation haben leider niemand umgebracht. Und wir als junge deutsche Generation werden aber alles dafür tun, daß in Zukunft das deutsche Volk vom Joch des Weltjudentums, von den Weltparasiten befreit wird.«

O-Ton Thomas Dienel in
»Panorama« 1992

Nachdem Dienel einige Jahre im Gefängnis wegen eines Überfalls auf ein Asylbewerberheim, Volksverhetzung, Beleidigung und Betrugs verbrachte, gründete er 1998 den Verlag »Neues Denken« und ließ ihn sich aus Steuergeldern finanzieren: 2.000 DM Lohnkostenzuschuss pro Monat und 23.200 DM Existenzgründungsbeihilfe. Zusätzliche Einnahmequelle des Schlägers und Hetzers: Er stand einige Jahre als V-Mann auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes.

2005: Die Polizei muss rund 50 zum Teil stark alkoholisierte Personen aus dem rechten Spektrum auf dem Herrmann-Brill-Platz »beaufsichtigen«, um Übergriffe zu verhindern. Diese hatten zuvor in kleineren Gruppen einen so genannten »Stadtrundgang« aus rechts-extremer Sicht durchgeführt.

2006: Fünf Unbekannte in Skinhead-Kleidung und mit Springerstiefeln überfallen einen Radfahrer und zwingen ihn, »Sieg Heil« zu rufen sowie den Hitlergruß zu zeigen.

2006: Nach Informationen der Polizei findet in Weimar eine Hitler-Geburtstags-Feier der rechtsextremen Szene statt.

2007: Rechtsextreme versuchen mit aufgestellten Soldatenbildern und einem Transparent mit der Aufschrift »Unsere Großväter sind keine Verbrecher! Ruhm und Ehre der Wehrmacht«, an die Wehrmacht zu erinnern.

2007: Schüler einer Klasse aus Hessen werden rassistisch beleidigt und geschlagen. Auch ein Mitarbeiter der Gedenkstätte Buchenwald, der interveniert hatte, wird angegriffen.

2008: Auf dem Goetheplatz wird ein jugendlicher Punker von drei Rechtsextremen angegriffen und verletzt.

2008: Bis zu 30 Rechtsextreme überfallen das soziokulturelle Zentrum. Die Angreifer, mit Zaunlatten, Teleskopschlagstöcken bewaffnet, verletzen zwei Menschen schwer.

2008: Etwa 25 Rechtsextreme greifen im Anschluss an die Übertragung eines Fußballspieles mehrere alternative Jugendliche an und verfolgten sie. Nach dem Halbfinalspiel Deutschland – Türkei wird eine türkische Nationalfahne abgebrannt.

2009: Jugendliche Besucher der Stadt werden durch zwei Angreifer geschlagen und getreten, nachdem sie gefragt wurden, »wie sie zu Deutschland stehen«.

2009: Eine Gruppe von sieben Weimarem wird auf einem Rastplatz in der Nähe von Chemnitz von einer Horde von 60 Neonazis überfallen, mit Flaschen attackiert, zu Boden geschlagen und getreten, das Auto wurde demoliert.

2009: Mitglieder der Grünen Jugend werden während einer Zugfahrt von zwei Rechtsextremen aus Apolda beschimpft und geschlagen.



2009: *Mitarbeiter/innen des Asia-Imbisses im Handelshaus werden mehrmals von rechtsextremen Jugendlichen angegriffen. Die Täter zeigen den Hitlergruß. ...*

Weiterlesen: www.mobit.com

Ralf Borchert:

»...bisschen was Derberes«

Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft – das Beispiel Weimar«

Diese Auflistung ließe sich beliebig fortsetzen – die meisten dieser brutalen Übergriffe und Attacken sind schon heute nicht mehr im öffentlichen Bewusstsein, viele der rechtsextrem motivierten Straftaten der 90er Jahre wurden nicht oder nur unzureichend strafrechtlich verfolgt. Die Betroffenen leiden oft noch heute körperlich und/oder seelisch unter den Folgen. Die Täter – wie zum Beispiel Martin Rühlemann – sitzen teilweise in Spitzenpositionen bei der NPD. Neben den brutalen Überfällen begann auch in Weimar in den 1990er Jahren eine parteipolitische Phase der Organisierung, zunächst mit dem ehemaligen FDJ-Sekretär Thomas Dienel im Zentrum. 2005 wurde nach Auseinandersetzungen in der rechten Szene über das psychopathische Gebaren von Frank Feiertag (»Staatsbürger des Deutschen Reiches«) ein neuer NPD-Kreisverband (Weimar/Weimarer Land) gegründet. Vorsitzender war zunächst der 25-jährige Martin Rühlemann.

Auch heute ist die rechtsextreme Szene in Weimar und im Weimarer Land einerseits geprägt durch massive Übergriffe und andererseits durch die sich seriös gebärdende NPD – die inhaltlichen und personellen Verbindungen sind nicht zu übersehen. Besonders deutlich wird diese Verquickung an der Person von ...

Martin Rühlemann

Im Alter von 17 Jahren begann er seine extrem rechte »Karriere« mit einer brutalen Messerattacke auf einen vietnamesischen Gemüsehändler. Zu seinem strafrechtlichen Erfahrungsschatz zählen auch Propagandadelikte wie das Verwenden von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen sowie die Verbreitung von Hetzschriften im



Internet und auf Flugblättern. 1996 Sachbeschädigung, 1998 Körperverletzung, 2000 gefährliche Körperverletzung (drei Jahre Bewährung), 2002 gemeinschaftliche Körperverletzung, 2006 Verwendung von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen (rechtskräftiges Urteil 2007: neun Monate Bewährung) sind Stationen seiner »politischen Betätigung«.

Der mittlerweile stellvertretende NPD-Kreisvorsitzende und Geschäftsführer unterhält intensive Kontakte in die Freie Kameradschaftsszene. Zu diesen überregionalen Kontakten addieren sich Verstrickungen zu Vereinigungen wie der »Braunen Aktionsfront Thüringen – Sektion Weimar« (»BAF«), dem »Nationalen Widerstand Weimar« und der »Anti-Antifa Weimar«. Für die »BAF« verwaltete Rühlemann eine Internetseite, auf der Widerständler im Nationalsozialismus verunglimpft und Mitarbeiter der Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus beleidigt wurden. Bei einer Hausdurchsuchung 2004 fand die Polizei in seiner Wohnung zahlreiche Waffen und Fotos von Wehrsportübungen. Eine Kundgebung zum »Volkstrauertag« meldete er 2005 in Weimar unter dem Motto »Wir gedenken am heutigen Volkstrauertag unseren gefallenen Helden« an und relativierte damit die Rolle von Wehrmacht und SS im Zuge der NS-Verbrechen. 2008 stand er abermals wegen Verherrlichung der nationalsozialistischen Herrschaft vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft beantragte die Einstellung des Verfahrens aufgrund einer Verurteilung im Jahre 2007. Ergebnis dieser Liste von Straftaten: 2008 rückte Rühlemann in den Thüringer Landesvorstand der NPD auf, im Februar 2009 stellte ihn sein Kreisverband als Kandidaten für die Kommunalwahl auf.

Weiterlesen: de.indymedia.org/2008/10/229052.shtml

Sandra Ziegler

Die ehemalige Lebensgefährtin Rühlemanns war lange Zeit eine der wenigen aktiven Frauen in der rechten Szene Weimars. Ihr Internet-Pseudonym Hans Maikowski entlieh sie einem bekannten »Blutzeugen der Bewegung«, einem 1933 in Berlin erschossenen Sturmführer des SA-Sturms 33. Sie trat seit 2004 bei mehreren Neonazi-Demonstrationen in Weimar – unter anderem gegen die Hartz-IV-Gesetze – als



Anmelderin in Erscheinung. Bekannter wurde sie jedoch durch mehrere Fotos von Wehrsportübungen mit verummten und mit Baseballkeulen ausgestatteten »Kämpfern« der »Braunen Aktionsfront Weimar« bzw. des »Nationalen Widerstands Weimar«, die bei einer Untersuchung von zwölf Wohnungen Weimarer Neonazis im Oktober 2004 auf den Computern neben Hakenkreuzfahnen, Rechtsrock-CDs und Propagandamaterial, Baseball- und Totschlägern, Würgehölzern, Schreckschuss- und Luftdruckwaffen sowie Munition sichergestellt werden konnten. Ein Foto zeigt Ziegler und ihren Sohn, der auf die Betrachter mit einer Waffe zielt. Bei ihrer Verhandlung 2006 wegen illegalem Waffenbesitz und Körperverletzung gab sie an, sie habe sich der extrem rechten und gewaltbereiten Szene losgesagt. Das Gericht glaubte ihr und berücksichtigte dies bei der Strafbemessung. Da ihr darüber hinaus zugute gehalten wurde, dass sie bei der Prügelei betrunken gewesen sei und sich bei den Opfern entschuldigt habe, wurde die Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten auf Bewährung ausgesetzt. Ihr Ausstieg aus der rechten Szene darf bezweifelt werden, seit einiger Zeit unterstützt sie ihren Bruder Gered Ziegler in Apolda bei einschlägigen Aktivitäten.

Jan Morgenroth

Der Zahntechniker aus Weimar, seit 2006 Vorsitzender des Kreisverbandes der NPD, ist seit Jahren in der extrem rechten Szene aktiv. Bereits 2000 orderte er für den so genannten »2. Tag des nationalen Widerstands« in Passau einen eigenen Bus aus Weimar. An der Veranstaltung, die von der NPD organisiert wurde und auf der auch der Holocaust-Leugner Horst Mahler und der wegen Volksverhetzung verurteilte Udo Voigt auftraten, nahmen rund 4.000 Neonazis teil. 2006 kandidierte Morgenroth für die NPD als Bürgermeister in Blankenhain – unterstützt von den freien Kräften der Kameradschaft Blankenhain, bekannt für zahlreiche massive Übergriffe auf alternative Jugendliche im Weimarer Land. Morgenroth ist als »Amtsleiter für Kinder- und Jugendarbeit« seines Landesverbandes einer der aktiven Verteiler der Schulhof-CDs, mit der Jugendliche für die rechte Ideologie geködert werden sollen. Auf der jüngsten Ausgabe des Tonträgers finden sich Bands mit so bezeichnenden Namen wie »Blitzkrieg« und »Sturmwehr«.

»Die wenigen, verbleibenden Stunden des alten Jahres verrinnen unaufhaltsam und unwiederbringlich. Schemenhaft und erst in Umrissen erkennbar, steht schon das Neue, das Jahr 2009, vor uns. Eines ist sicher, es wird uns den Kampf um die Parlamente bringen. ...

Das Tor, das den Zugang zu den Parlamenten sperrt, wird sich nicht wundersam auftun, vielmehr muß es berannt, erstürmt und aufgeschlagen sein. Brecht es auf und erfüllt den parlamentarischen Raum mit dem lichten Morgenschein einer kommenden, neuen Zeit.«

aus **Jan Morgenroths Weihnachtsbotschaft 2008**

Seine Nähe zu militanten rechten Kreisen hindert ihn nicht, seinen Mitgliedern lyrische Weihnachtsbotschaften zu senden.

Michael Hubeny

war bis Februar 2007 Vorsitzender des Thüringer Landesverbandes der »Jungen Nationaldemokraten« (JN). 2005/06 war er stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Weimar-Weimarer Land – seither ist er als Beisitzer im Kreisverband tätig. Michael Hubeny saß 1997 in der JVA Ichtershausen ein und wurde zu dieser Zeit von der »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG) betreut. Bald nach seiner Haftentlassung avancierte er zum Anführer der »Kameradschaft Blankenhain« und engagierte sich aktiv im »Thüringer Heimatschutz«. 2006 trat er als Wahlleiter für die NPD während der Bürgermeisterwahlen auf. »Kamerad Hubeny bestätigte, daß es ihn mit Zuversicht erfülle, wie harmonisch die Zusammenarbeit von JN/NPD und den Kameradschaften im Weimarer Land funktioniere,« heißt es auf einer Seite der JN. Deutlich wird damit die oft geleugnete Verbindung der NPD zu militanten rechtsextremen Kreisen. Im März 2006 organisierten Hubeny und andere im Rahmen einer Kampagne der JN Thüringen Infoveranstaltungen zum Thema »Deutschland schütze Deine Kinder« in Magdala, Bad Berka und Apolda. Hubeny komponierte außerdem die Thüringer JN-Hymne.

Michael Funk

alias »Swastika_Ap« (Hakenkreuz Apolda) ist ein führender Aktivist der Apoldaer Naziszene. Er versteht sich selbst als »Autonomer Nationalist« und tritt entsprechend im »AN-Style« auf. Als wahrscheinlich gelten führende Mitgliedschaften in der »Kameradschaft Apolda«, der »Braunen Aktionsfront Sektion Apolda«, der »AN/AP Autonomen Nationalisten Apolda« und der »NSST Apolda«. Erstmals trat er 2006 als Anmelder einer Kundgebung der »Jungen Nationaldemokraten« unter dem Motto »Deutschland schütze Deine Kinder« in Erscheinung. Wenige Monate später überfiel er an der Spitze einer Gruppe von 25 Neonazis eine Informationsveranstaltung zum Thema »Rechtsextremismus«. Wie sich nach den Ereignissen herausstellte, versteckten die »Kameraden« zahlreiche Waffen in nahe gelegenen Büschen. Im gleichen Jahr

»Die Aktivisten streben danach, das Leitbild des politischen Soldaten zu verkörpern. Der politische Soldat ist der Mensch, der von seinen Idealen angetrieben wird, der unzweideutig handelt, wenn es gilt unseren politischen Auftrag tapfer zu erkämpfen. Niemals in der europäischen Geschichte war die Notwendigkeit ganzer Bataillone politischer Soldaten entscheidend wie heute. Für ein Engagement in unserer nationalistischen Bewegung ist der hundertprozentige politische Aktivismus unabdingbare Voraussetzung.«

Aus dem **Selbstverständnis** der »Jungen Nationaldemokraten«

Ich sehe Kameraden überall im Reich die Städte sind verschieden doch die Feinde die sind gleich Manchmal nur ein kleiner Haufen gegen tausend Mann und trotzdem weht die Fahne Ihnen stolz voran.

Aus der Thüringer **JN-Hymne**



stürmte er mehrfach mit einer verummten Nazibande in Richtung einer Kundgebung zum Gedenken an die Novemberpogrome und attackierte Besucher einer Konzertveranstaltung des Jugendhauses »Logo« in Apolda. Diese Verstrickungen aus politischer Arbeit und Gewalt ziehen sich durch die gesamte »politische Laufbahn« des Apoldaer Nazi-Kaders.

2007 meldete er ein »NPD-Familienfest« und später einen Info-Stand im Rahmen der Mitgliederkampagne der NPD in Apolda an. Am selben Wochenende wandelte sich die Rolle des nationalsozialistischen Agitators wieder zum brutalen Schläger, als er ein im »Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimarer Land« engagiertes junges Mädchen auf dem Stadtfest bedrohte und körperlich attackierte. Bereits 2005 schlug Funk am Rande des Zwiebelmarktes gemeinsam mit zehn weiteren »Kameraden« auf fünf Migranten ein – für zwei endete der Tag mit schweren Kopfverletzungen im Krankenhaus. Neben gefährlicher Körperverletzung floss auch das »Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole« in den Tatbestand ein. Die einjährige Freiheitsstrafe, für die er 2007 verurteilt wurde, setzte der Richter zur drei jährigen Bewährung aus. Seit 2008 wohnt Michael Funk in Weimar. Nach seiner Bewährungsstrafe und einem Ski-Unfall war Funk für kurze Zeit politisch nicht mehr präsent. Die rechte Szene Apoldas, die große Hoffnungen in den jungen Kader gesetzt hatte, wurde jedoch nicht enttäuscht: Er ist wieder in der Neonazi-Szene Apoldas präsent und gehört weiterhin zu einem ihrer aktivsten Agitatoren.

Weiterlesen: <http://artthur.antifa.net>

Rechtsextreme Gewalt im Weimarer Land

Schon seit den 1990er Jahren ist Apolda eine der beliebten Tummelplätze von Neonazis – es begann mit gewalttätigen Übergriffen, zu denen sich seit einiger Zeit parteipolitisch organisierte Aktionen gesellen. Permanentes Beschmieren und Bekleben von Gebäuden mit rechtsextremen Zeichen und Parolen, wiederholte Überfälle auf das Asylbewerberheim, sowie auf alternative Jugendliche waren und sind in erschreckender Häufigkeit festzustellen.

- 1991:** Eine 15-jährige Vietnamesin wird geschlagen und beleidigt.
- 1992:** Nazis aus Apolda, Weimar, Jena und Umgebung schreien auf einem Park- und Heimatfest Parolen und verüben gewalttätige Übergriffe mit Fahrtenmessern, Gasrevolvern und Baseballschlägern auf Besucher.
- 1993:** 50 Nazis attackieren Asylbewerber mit Eisenstangen.
- 1996:** Übergriff durch ca. 50 Nazis auf dem Fest zum »Bockbieranstich«
- 1997:** Übergriff mit Baseballschlägern und Knüppeln auf das Jugendcafé »Tomate« in Apolda während eines Konzerts – zwei Verletzte
- 1998:** Zwei Jugendliche werden am Bahnhof in Niedertrebra zusammengeschlagen; einer der beiden muss daraufhin am Auge operiert werden.
- 2004:** Demonstration vom »Mädelbund Schmölln« als martialischer Fackelzug, Reichsflaggen werden geschwenkt und die Abschlussrede mit »Heil Kameraden« beendet.
- 2005:** Nazis bedrohen erneut ein alternatives Jugendzentrum, auf dem Kantplatz randalieren Rechte und zeigen verfassungsfeindliche Symbole, Rechtsrockkonzert mit »Radikahl« und »Volkstroi«.
- 2006:** Kundgebung der »Jungen Nationaldemokraten« zum Thema »Kinderschänder« - mit dabei unter anderen Thomas Rackow, vorbestraft wegen schweren Landfriedensbruchs, Nötigung, Körperverletzung und Bildung einer kriminellen Vereinigung.
- 2006:** Mitglieder der Kameradschaft »Braune Aktionsfront Apolda« überfallen am Himmelfahrtstag in Weimar – Nord eine private Feier, ein Mocambiquaner erleidet schwere, drei weitere Migranten leichte Verletzungen. Sieben der acht Festgenommenen sind der Polizei durch »Staatsschutzdelikte« schon bekannt.
- 2006:** Ein 17-jähriger Jugendlicher wird von mindestens drei Rechtsextremen zusammengeschlagen. Er erleidet dabei ein Schädelhirntrauma, Prellungen und Platzwunden.
- 2007:** Am Rande des Faschingsumzuges liefern sich ca. 40 rechtsextreme Gewalttäter eine Straßenschlacht mit der Polizei.
- 2007:** Auf einem Flyer der »Kameradschaft Apolda« werden Adressen von angesehenen Bürger/innen der Stadt Apolda veröffentlicht, die das »Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimarer Land« gegründet haben.

2008: Die Scheiben einer gegen Rechtsextremismus engagierten Unternehmerin werden innerhalb kurzer Zeit sechs Mal zerschlagen. Immer wieder wird die Stadt mit rechtsextremen Aufklebern und verfassungsfreundlichen Symbolen übersät.

2008: Nach einer Versammlung der Grünen Jugend zum Thema »Strategien gegen Rechtsextremismus« werden sechs Mitglieder der Jugendorganisation von mehreren Rechtsextremen beschimpft, mit Flaschen beworfen und Tritten traktiert.

In Bad Sulza wird im August 2007 ein Döner-Imbiss mit Feuerwerkskörpern attackiert, im August 2008 werden einem Asia-Imbiss zum dritten Mal innerhalb von kurzer Zeit die Scheiben eingeworfen.

Auch diese Auflistung ist nur ein Bruchteil dessen, was sich in den vergangenen Jahren in Apolda und Umgebung an rassistischen und antidemokratischen Vorfällen abspielte. Trotz vieler couragierter Versuche der Stadtspitze und engagierter Bürgerinnen, das Klima ihrer Stadt zu verbessern, ist Apolda immer noch ein Angst-Raum, in dem die Einschüchterungsversuche der rechtsextremen Szene auf viele Bürger/innen erschreckende Wirkung zeigen. Auch im Südkreis des Weimarer Landes ist das Bedrohungspotential Rechtsextremer hoch. Während es an alternativen Treffpunkten fehlt, haben sich die Nazis auf den Straßen und in den Kneipen eingenistet. Sie treten zunehmend aggressiv auf. Treffpunkte sind unter anderem der REWE-Parkplatz, der Bahnhof und die Kneipe »Am Fuchsbau« in Bad Berka sowie die »Dackelbar« in Tannroda. Hier trifft sich die militante »Kameradschaft Blankenhain«. Allein von April 2008 bis März 2009 registrierte die Weimarer Polizei-Inspektion im Bereich von Bad Berka und Blankenhain 15 Übergriffe, die u.a. mit Körperverletzung, Bedrohung, Sachbeschädigung sowie Volksverhetzung einher gingen und einen politisch motivierten Hintergrund nahelegen, vermeldete die Thüringer Allgemeine vom 06. März 2009.

Neben der physischen Bedrohung geht von den Rechtsextremen im Landkreis die Gefahr aus, tiefe Verwurzelung in der Jugendkultur und den Dorfgemeinschaften zu bilden. In Blankenhain erlangte die NPD bei den letzten Bundestagswahlen das höchste Ergebnis in ganz Thüringen.

»Mehr als dreißig Aktivisten der **Kameradschaft Blankenhain** und des NPD Kreisverbandes Weimarer Land nahmen an zwei verschiedenen Kranzniederlegungen in Lohma und Blankenhain teil. Schweigend trat man an die Soldatengräber und legte dort gut sichtbar verschiedene Kränze ab. In Ansprachen und Darbietungen würdigte man die einzigartigen Leistungen der deutschen Frontsoldaten aller Waffengattungen. Scharf griff man auch an dieser Stelle die einseitige Vergangenheitsbewältigung unter dem Diktat der alliierten Siegerpropaganda an. Abschließend sang man gemeinsam das Lied vom guten Kameraden und verneigte sich noch einmal ehrfürchtig vor den Gräbern.«

Quelle. Kameradschaft
Blankenhain 2005

Durchdringung der Jugendszene

Die Weimarer Szene hat sich im Laufe der Jahre immer stärker ausdifferenziert: Wo es einst zwei Kameradschaften und eindeutige Parteiverbindungen gab, kann man heute fast schon von der rechts-extremen Durchdringung einer sehr vielfältigen subkulturellen Party-Szene sprechen. Am Anfang dieser Durchdringung stand der Versuch der organisierten Szene, sich Zutritt zu »normalen« Jugend-Events zu verschaffen, zunächst z.B. bei Fußballturnieren und anderen Sportevents. Bereits 2004 versuchte die Szene in Apolda ein »nationales Fußballturnier« durchzuführen, 2007 konnte ein einschlägiger Versuch in Schöndorf verhindert werden. In diesen sportiv-freizeitbezogenen Zusammenhang gehört auch die Verschränkung der Neonazi-Szene mit anderen vopolitischen Szenen jugendlicher Subkultur. So gibt es nachweisbar personelle Verbindungen zwischen der Szene und kommerziellen Projekten.

Problemkinder

Seit einiger Zeit ist auf den Straßen Weimars und Umgebung das Modelabel »Problemkinder« präsent. Nach WALHALLA und »Hardcore No Respect« ist damit in Weimar eine dritte Modemarke zum Vorschein getreten, die mehr als Mode ist und dem rechten Spektrum zuzuordnen ist. Die Marke »Problemkinder« wurde im Juli 2006 als Wort- und Bildmarke in Jena angemeldet. Um das Modelabel von Christian Pohlmann aus Weimar hat sich eine aktive Jugendclique gebildet. Das Label, zu dem auch die Marke »Molotov« gehört, nutzt bewusst eine militante, Gewalt verherrlichende Bildsprache, die auf den ersten Blick keiner politischen Richtung zuzuordnen ist. In einem Fernsehinterview bekennen sich die Betreiber klar: Sie haben kein Problem mit Nazis. Auf ihrer Internetseite wirbt der Sänger der Rechtsrockband »Radikahl« Manfred Wiemer für die Marke.

Kleidung der »Problemkinder« trugen etliche der etwa 30 bewaffneten rechten Jugendlichen, die Ende Dezember 2007 versuchten, das alternative Zentrum Gerberstraße in Weimar anzugreifen. In Weimar-Schöndorf kam es immer wieder zu Angriffen auf einen Jugendklub. Sozialarbeiter/innen berichteten von rechten Parolen, Symbolen und immer wieder dem Logo der Problemkinder. 2007 versuchten sie in



Schöndorf, ein Fußballturnier zu veranstalten – u.a. mit dem »FC Hardcore« mit Martin Rühlemann und andren Nazi-Kadern. Im Jahr 2006 gab es Hausdurchsuchungen im Umfeld des »FC Hardcore« wegen Verdacht der Weiterführung der verbotenen Organisation »Blood & Honour«. Aus Pohlmanns Druckerei stammen auch die T-Shirts, die die 40 Nazis um Michael Funk zum Faschingsumzug in Apolda trugen. »Riot, Rebellion, Revolt Apolda 02. Februar 2008« lautete der Aufdruck, mit dem eine Wiederholung der Ausschreitungen zum Fasching 2007 angekündigt wurde. Ein Weimarer T-Shirts-Laden führt das »Hardcore«-Sortiment, ein Weimarer Boxverein trug bis vor kurzem T-Shirts mit dem eindeutig belasteten Label, ein einschlägiger Veranstalter von »House«-Partys und anderen Szene-Events, fast die gesamte Branche der Security-Anbieter in der Region schmückt sich mit der Marke.

Weiterlesen: <http://de.indymedia.org>

Christian Pohlmann

ist Inhaber der Firma »xp-werbedesign« und hält die Rechte an der Marke »Problemkinder«. Außerdem registrierte er die entsprechende Homepage und ist für deren Design und die technische Umsetzung verantwortlich. Er veröffentlichte 2002 unter dem Namen »Murder Squad« einen in Deutschland verbotenen Tonträger mit dem Titel »The Hateshow« Hier finden sich Texte wie »Die Deutschen kommen, ihr Juden habt acht, denn eure Vernichtung wird zum Ziel uns gemacht«.

Strukturen

Welche Erfolge die rechtsextreme Szene gerade in Weimarer Randbezirken mit ihren anhaltenden Aktivitäten erzielt, zeigten die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005. In Weimar West und Schöndorf wählten rund sieben Prozent die NPD. Im Weimarer Land waren die Orte Alt/Neudornfeld mit 19,6 Prozent der Zweitstimmen für die NPD traurige Spitzenreiter. Und das, obwohl auch an den NPD-Wahlkampfständen offensichtlich und erkennbar war, dass der NPD-Kreisverband Weimar/Weimarer Land mit der militanten Kameradschaft personell oft identisch ist. In einer Einschätzung der Polizei-Inspektion Weimar vom 28. März 2003 hieß es noch: »In Weimar gibt es keine rechtsextremistische

«**Problemkind(er)**, die: Kinder, deren Erziehung außergewöhnliche Schwierigkeiten bereitet. Die zum Teil gewaltbereiten Jugendlichen, richten ihre Gewalt auf die Polizei und andere autoritäre Instanzen. Sie gelten daher als unbelehrbar und schwer erziehbar. ... Die Initiatoren dieses Labels gelten als nicht gesellschaftsfähig. Einige von ihnen sind mehrfach vorbestraft. Textilien dieser Marke werden als gefährlich und sozialpädagogisch unbrauchbar eingestuft. Daher ist das Tragen dieser Textilien an den meisten öffentlichen Einrichtungen untersagt.»

Definitionsversuch auf der eigenen Homepage

Szene. Die Mehrzahl der Personen, die dem rechten Spektrum zugeordnet werden müssen, sind Mitläufer und Sympathisanten.« Im gleichen Jahr meldete sich der »Nationale Widerstand Weimar« mit einem aufwändig gestalteten Flugblatt zu Wort, in welchem er sich gegen den Vorwurf der Gewalttätigkeit verwahrte, über sein negatives Bild in der »Systempresse« beschwerte und sich als Opfer der Intoleranz der sogenannten »Demokraten« aufspielte. Im gleichen Jahr überfielen drei junge Neonazis in Weimar – West einen 40-jährigen Mocambiquaner und verletzten ihn schwer. Mindestens einer der Angeklagten bekannte sich später vor Gericht offen zum »Nationalen Widerstand Weimar«.

Der bundesweite Schulterschluss der Freien Kameradschaften mit der NPD fand auch in Weimar und im Weimarer Land statt, die rechtsextremen Aufmärsche mehren sich.

Kampf um die Straße und um die Köpfe

Weimar war und ist ein beliebter Aufmarschplatz der Rechtsextremen – die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen beruft sich die Szene – wenn auch nicht öffentlich – auf ihre »Traditionen« in Weimar (so wurde hier 1926 die »Hitlerjugend« gegründet), zum anderen wollen Rechts-extreme immer wieder den demokratischen Geist, der von der Weimarer Nationalversammlung ausging, in Frage stellen. So gab es in den vergangenen Jahren zahlreiche Anmeldungen für Aufmärsche, Kundgebungen und »Informationsstände«.

Während die Polizei 2001 noch ein Demonstrationsverbot für den 1. Mai durchsetzte, fand im April 2002 ein rechter Aufmarsch statt – allerdings mussten sich die rechtsextremen mit einer Route hinter dem Bahnhof begnügen. 2004 waren für Weimar fast 30 rechte Demonstrationen geplant, damit hatten sich die Anmelder dann allerdings doch etwas übernommen. Im Mai 2005 versuchte sich die JN mit dem »Thüringentag der nationalen Jugend« auf dem Stadionvorplatz in Weimar, beinahe jedes Jahr sind NPD-Kader bestrebt, den Jahrestag der Bombardierung Weimars und den Volkstrauertag mit »Heldengedenken« zu »begehen«. Ebenso gab und gibt es immer wieder offene und versteckte Versuche, den Geburtstag von Rudolf Heß zu feiern. 2006 und in den Folgejahren startete die NPD u.a. in Weimar, Apolda, Bad

Berka und Magdala etliche »Mahnwachen« und Kundgebungen unter dem scheinheiligen Motto »Deutschland schütze Deine Kinder«. »Weimar, wir kommen wieder!« schrieb die NPD auf ihrer Homepage nach einer Kundgebung am 8. Mai 2006 zum Thema »Wir fordern Befreiung von Befreiern – Kein Krieg im Iran!« auf dem Weimarer Goetheplatz. So wie die Auseinandersetzungen im Nahen Osten für rechte Sprüche und Aktionen missbraucht werden, springt die NPD als Trittbrettfahrer auf Protestbewegungen gegen Arbeitslosigkeit, Hartz IV und Abwanderung auf. 2007 gab es in der Region eine Reihe von so genannten Infoständen, die der Mitgliederwerbung für die NPD dienen. Zu den Großaufmärschen, zu denen die NPD bundes- oder thüringenweit mobilisierte, gehörte im April 2008 die Demonstration unter dem Motto »Kinder, Zukunft, NPD«.

Die eher subtilere Form des Versuchs der Normalisierung rechtsextremer Ideologien probten NPD-Kader mit der »Wortergreifungsstrategie« während einer Veranstaltung 2006 im Goetheinstitut zum Thema »Muss der Staat seine Feinde noch nähren?«. In diese Kategorie gehören auch die – allerdings gescheiterten – Versuche der NPD, 2007 eine Bürgerversammlung zum Thema Schließung der Grundschule Legefild zu veranstalten, 2008 für die Glocke der Weimarer Stadtkirche zu spenden und Anfang 2009 durch »Bürgerfragen« im Stadtrat rechte Ideologien zu verbreiten. Durch massive Gegendemonstrationen abgeschreckt, gehen die rechten Akteure immer mehr dazu über, ihre Flugblätter und Hetzschriften ohne Anmeldung vor dem Arbeitsamt, vor Supermärkten oder in Briefkästen zu verteilen.

weiterlesen: <http://artthur.antifa.net>





Was wir dagegen haben sollten



Nährboden

Eine Gesellschaft, in der der Stärkere siegt, der Schwächere für immer verloren hat, in der Menschen, die von der allgemeinen »Norm« abweichen, diskriminiert werden, in der Asylbewerber/innen als »Sozialschmarotzer« diffamiert werden, ist ein guter Nährboden für die Entwicklung rechtsextremer Haltungen und Handlungen. Rechtsextreme Propaganda stößt dort auf offene Ohren, wo Politiker/innen Versprechungen machen, die sie nicht halten; wo demokratische Parteien den Bezug zum realen Leben verloren haben, wo Jugendklubs geschlossen werden, wo Perspektivlosigkeit, soziale Kälte und Gleichgültigkeit gegenüber dem Wert von Demokratie um sich greifen. Rechtsextreme holen die Menschen dort ab, wo sie sind: aus Arbeitslosigkeit, Unzufriedenheit mit politischen und persönlichen Verhältnissen, Ratlosigkeit gegenüber komplizierten gesellschaftlichen Entwicklungen und Gefühlen von Minderwertigkeit.

Rechtsextremismus ist nicht allein ein Problem von Jugendlichen oder gar ein »ostdeutsches Phänomen«.

Prävention

Die beste Prävention gegen Rechtsextremismus ist eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Chancen haben, sich zu entwickeln. Das derzeitige deutsche Bildungssystem – so bescheinigen internationale Studien – ist nicht dazu angetan, soziale Benachteiligungen abzubauen. Hier bedarf es neuer Konzepte und flexiblerer Strukturen, um zum Beispiel längerem gemeinsamem Lernen von Kindern Raum zu geben. Jährlich achtzig- bis neunzigtausend Schulabgänger/innen ohne Abschluss dürfen nicht länger hingenommen werden. In einer Familie, einer Schule, einem Jugendklub, in dem Kinder und Jugendliche Demokratie und Mitbestimmung erfahren können, respektvoller Umgang ohne Ausgrenzung und Diskriminierung, Kreativität und eigenständiges Denken gefördert werden, können rechtsextreme Parolen keinen Boden finden. Einrichtungen und Projekte, die eine demokratische Jugend- und Alltagskultur fördern, benötigen nach wie vor die finanzielle Unterstützung von Bund, Ländern und Kommunen.

Wichtig dabei ist die Kontinuität und Verlässlichkeit. Einen kompetenten Sozialarbeiter für ein viertel Jahr in einen Jugendklub zu schicken, wenn dort rechte Parolen auftauchen, ist nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Aufklärung

Rechtsextreme versuchen zunehmend, Jugendliche zunächst unerschwerlich über Musik und Kleidung zu ködern. Deshalb ist Aufklärung ein wichtiges Mittel in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Eltern, Lehrer/innen, Jugendklubleiter/innen, Verantwortliche in den Kommunen müssen die versteckten Zeichen und Symbole kennen, mit denen die rechte Szene versucht, in der Normalität Fuß zu fassen. Dazu gibt es eine Reihe von Broschüren, Internetauftritten (*siehe Anhang*) und Aufklärungsveranstaltungen von politischen Stiftungen und demokratischen Einrichtungen.

Staatliche Verbote

Der Staat hat die Aufgabe, seine Bürgerinnen und Bürger zu fördern und zu schützen; ihm obliegt die Aufsicht über die Einhaltung von Verfassung und Gesetzen. Daher haben die Forderungen nach Verboten rechtsextremer Organisationen durchaus ihre Berechtigung. Natürlich ändert man mit Verboten nicht die Einstellungen der Personen, aber man kann die verfassungsfeindlichen Aktivitäten behindern und den entsprechenden Organisationen erschweren, neue Anhänger zu finden. Es ist schwer vermittelbar, dass rechtsextreme Parteien wie DVU oder NPD keine normalen Parteien sind. Viele Menschen sind nach wie vor der Meinung, wenn diese Parteien verfassungsfeindlich wären, dann wären sie verboten – und bis dahin müsse man sie wie normale Parteien behandeln. Diesem fatalen Trugschluss unterliegen nach wie vor selbst Verantwortungsträger/innen in Parteien und Kommunen. Daher gibt es die vehemente Forderung vieler Organisationen und Verbände nach einem Verbot rechtsextremer Parteien wie der NPD, um damit auch die gesellschaftliche Ächtung von Rechtsextremismus zu verdeutlichen und den Akteuren den finanziellen Nährboden zu entziehen.

»Die NPD hat eine verfassungsfeindliche Zielrichtung. Das kann keiner ernsthaft bestreiten. Ein neues Verbotsverfahren sollte meiner Auffassung nach daher durchaus beginnen. Wenn man eine Partei wie die NPD nicht verbietet, wen will man eigentlich nach Artikel 21 des Grundgesetzes sonst verbieten in der Zukunft?«

Dr. Erhart Körting, Innenminister von Berlin, 2007



Umgang mit rechtsextremen Demonstrationen

Der Bund hat 2005 das Versammlungsrecht novelliert, um rechtsextreme Aufmärsche an Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus verbieten zu können. 2006 ging die Zuständigkeit für das Versammlungsrecht an die Länder über. Seitdem hat unter anderem Brandenburg das Landesversammlungsgesetz verändert. Um die jährlichen Aufmärsche von Rechtsextremisten auf dem Soldatenfriedhof in Halbe zu verhindern, hat das Land auf Kriegsgräberstätten Versammlungen generell verboten. Die in der Verfassung garantierte Versammlungsfreiheit ist jedoch ein besonders schützenswertes Grundrecht, daher ist das Versammlungsrecht nicht geeignet, rechtsextreme Versammlungen und Aufmärsche im öffentlichen Raum vollständig zu unterbinden.

Einen Verbotsground bilden jedoch erwartete Gewalttätigkeiten der Versammlungsteilnehmer. Ein Verbot rechtsextremistischer Versammlungen kann bei entsprechender Gefahrenprognose auch an die hinreichende Gefahr anknüpfen, dass es in hohem Maße zu Straftaten wie Volksverhetzung und Leugnung des Holocaust oder zur Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen kommt. Handhabe bieten oft nur versammlungsrechtliche Auflagen wie Einschränkung der Demonstrationsroute oder Verhaltens- und Kleidungsauflagen.

Strafrechtliche Möglichkeiten

Auch wenn rechtsextrem motivierte Straftaten derzeit konsequenter verfolgt werden als in den 1990er Jahren, ist auch auf diesem Gebiet noch einiges zu tun. Noch immer werden Überfälle von Neonazis auf alternative Jugendliche in der Statistik und in Prozessen als »Prügeleien unter Jugendlichen« bezeichnet, noch immer dauert es Monate bis Jahre, bis rechte Schläger und Hetzer für ihre Taten belangt werden. Unzureichend ist auch der Zeugenschutz. So lange der Anwalt der Täter aus den Akten Namen und Adressen von Betroffenen und Zeugen erfahren kann, müssen diese mit Racheakten der Szene rechnen – ein Grund dafür, dass viele rechtsextreme Übergriffe nicht angezeigt werden. Die Verfolgung des Handels mit rechtsextremer Musik ist durch die Möglichkeiten des Internets extrem schwierig, jedoch gelang zum

»Diejenigen, die die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft bekämpfen, müssen auch mit repressiven Maßnahmen rechnen - das ist eine klare Botschaft der wehrhaften Demokratie.«

Claudia Schmid, **Verfassungsschutz** Berlin, 2007

Beispiel im März 2009 mit der Beschlagnahmung von 45.000 CDs, 173 Computern und 66 Waffen bei Hausdurchsuchungen ein bedeutender Schlag gegen das rechtsextreme Musikgeschäft.

Weiterlesen: www.recht-gegen-rechts.de

Zivilgesellschaft

Wir - die Zivilgesellschaft - können nicht warten, bis der Staat, die Polizei und die Gerichte das Problem für uns lösen. Unsere Stadt, unser Dorf - das sind wir. Wir alle sind aufgerufen, uns in unserem speziellen Umfeld gegen Rechtsextremismus zu positionieren und Rassismus und Menschenfeindlichkeit mit Zivilcourage und demokratischen Mitteln zu bekämpfen.

Persönlicher Einsatz und Entschlossenheit sind von jeder/jedem einzelnen gefordert, wenn in der Schule, im Betrieb, in der Nachbarschaft rassistische Sprüche geklopft werden oder wenn rechtsextreme Gewalt passiert.

Grundvoraussetzung für ein Zurückdrängen des Rechtsextremismus ist es, das Problem nicht zu ignorieren. Wer immer noch Sätze wie »Lasst die doch ins Leere laufen« äußert, verkennt auf sträfliche Weise die Gefahr. Denn die laufen nicht ins Leere, wenn man sie laufen lässt; sie üben Schulterchluss mit Unzufriedenen und verführen Ahnungslose.

Wichtig ist die Durchführung einer ehrlichen Analyse der Situation vor Ort. Nicht das Reden über Probleme ist Standort gefährdend, sondern das Verschweigen und Verdrängen. Leider wird noch immer – gerade in kleineren Kommunen – nicht der NPD-Propagandastand, sondern die Gegendemonstration als das Störende und die eigentliche Gefahr angesehen. Besondere Verantwortung kommt in diesem Zusammenhang auch den Medien zu. Klare Positionierung gegen menschenverachtende Haltungen und Akteure ohne Rückzug auf die vermeintliche »Neutralität« sind ebenso wichtig wie sorgfältige Recherche und Berichterstattung. Verschweigen hilft auch hier nur den Tätern.

Was tun, wenn ich Zeuge rechter Gewalt werde?

Ich helfe, aber ohne mich in Gefahr zu bringen, ich fordere andere direkt zur Mithilfe auf, ich beobachte genau und merke mir den Täter, ich organisiere Hilfe - Notruf 110, ich kümmere mich um das Opfer, ich stelle mich als Zeuge zur Verfügung.

www.netzwerk-courage.de



Es gibt kein Allheilmittel gegen Rechtsextremismus – nur im gemeinsamen Handeln von Bürgerinnen und Bürgern, politischen Mandatsträgern, Trägern des Wirtschaftslebens, Medien, Bildung und Kultur, Jugendarbeit und Familie sowie Sicherheits-, Justiz- und kommunalen Behörden liegt eine Chance, Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen.

Was wir dagegen haben

Deutschland
Thüringen
Weimar
Weimarer Land



In der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren als Reaktion auf die erschreckende Zunahme rechtsextremer Präsenz und Gewalt ein Netzwerk von Initiativen und Projekten gebildet. Eine Reihe von Bundesländern haben komplexe Landesprogramme gegen Rechtsextremismus beschlossen, in denen staatliche und zivilgesellschaftliche Aktivitäten gebündelt werden. Unabhängige Stiftungen und Vereine, in denen sich Menschen haupt- und ehrenamtlich gegen Rechtsextremismus engagieren, konnten ihre Strukturen und ihre gesellschaftliche Anerkennung festigen. Als beispielhaft sei hier die Amadeu-Antonio-Stiftung genannt, die seit ihrer Gründung 1998 mehr als 300 erfolgreiche Projekte und Initiativen gefördert hat, so das Aussteigerprogramm EXIT, Aktionsbündnis Courage, das Netzwerk für Demokratie und Courage und viele andere mehr.

Weiterlesen: www.amadeu-antonio-stiftung.de

Wer macht was

Organisationen wie z.B. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Gewerkschaften wie DGB, Verdi oder IG Metall haben Programme zur Demokratieförderung aufgelegt und beteiligen sich an regionalen und überregionalen Aktionen. Die bundesweit und lokal agierenden Antifa-Gruppen sind seit vielen Jahren unermüdlich mit Recherchearbeit und Demonstrationen gegen Rechtsextremismus tätig. Die parteinahen Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung) bieten Weiterbildungen, Projektförderungen, Kongresse, Publikationen und regionale Veranstaltungsreihen in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus an. Besonders hervorgehoben seien hier die umfangreichen Veröffentlichungen der Friedrich-Ebert-Stiftung; auf der Homepage kann man derzeit über zwei Dutzend nützliche Dokumentationen und Broschüren als Download einsehen.

Weiterlesen: www.fes.de/rechtsextremismus

Amadeu Antonio Kiowa war angolanischer Vertragsarbeiter in Eberswalde. In einer Nacht im November 1998 wurde er von etwa 50 rechtsextremen Jugendlichen mit Baseballschlägern überfallen und ins Koma geprügelt. Er starb zwei Wochen später.

Bundesprogramme wie CIVITAS, durch das in den Jahren 2001 – 2006 Projekte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den neuen Bundesländern gefördert wurden, oder das Nachfolgeprogramm VIELFALT TUT GUT (2007 – 2010) mit 90 lokalen Aktionsplänen in ganz Deutschland sorgen für finanzielle Unterstützung regionaler Aktivitäten. In der vorbeugenden Arbeit gibt es mittlerweile viele Veranstaltungen und Projekte an Schulen und Jugendeinrichtungen. Ein gutes Beispiel für eigenständige präventive Arbeit von Jugendlichen ist die Initiative »Schule ohne Rassismus«, die Schüler/innen aktiviert, das Klima an ihrer Schule positiv zu beeinflussen.

Weiterlesen: www.schule-ohne-rassismus.de

Auch die politischen Parteien – vor allem auch ihre Jugendorganisationen – nehmen sich des Themas an. Doch reichen Lippenbekenntnisse und Parteiprogramme nicht aus, wichtig ist die praktische Auseinandersetzung mit dem Problem vor Ort in der täglichen Arbeit.

Bürgerbündnisse

Als besonders wirksam haben sich in den letzten Jahren lokale Bündnisse erwiesen, die auf Erscheinungen des Rechtsextremismus hinweisen und mit Engagement und Ideenreichtum dagegen ankämpfen. Anders als in den 1990er Jahren, als gegen Nazi-Aufmärsche in vielen Regionen höchstens eine Handvoll Antifas lautstark protestierte, hat in den letzten Jahren ein Umdenken in der Zivilgesellschaft stattgefunden. So wie es in Deutschland kaum eine Gegend gibt, in der Rechtsextremismus nicht zum Problem geworden ist, gibt es mittlerweile in fast allen Regionen demokratische Strukturen, die sich dagegen zur Wehr setzen.

Diese Bündnisse sind sehr vielfältig in Zusammensetzung und Aktionsformen – das reicht von dauerhaft präventiv und reaktiv tätigen Gruppen bis zu losen Aktionsbündnissen, die sich nach einer Demonstration wieder auflösen. Am wirksamsten sind die Bündnisse dort, wo sie kontinuierlich arbeiten und nicht gegen kommunale Entscheidungsträger, sondern mit ihnen agieren können. Breitenwirksam sind sie dort, wo es gelingt, Partei- und Ideologiegrenzen zu überwinden, wo alle



demokratischen Parteien im Verbund mit Kirchen, Gewerkschaften, Antifa und Menschen der bürgerlichen Mitte an einem Strang ziehen. Unter Slogans wie »Bunt statt Braun« oder »Diese Stadt hat Nazis satt« gelingt es je nach Stärke und Vernetzungskraft der Bündnisse, hunderte bis tausende Bürger/innen zu mobilisieren und für eine Demonstration oder ein buntes Fest gegen Naziaktivitäten zu gewinnen.

In vielen Orten gibt es permanente Proteste gegen Thor-Steinar-Läden – in Magdeburg, Berlin und Leipzig mussten Geschäfte, die das rechte Label vertrieben, laut Gerichtsbeschluss geschlossen werden. Prominente Vertreter/innen aus Kunst, Rockmusik und Sport sprechen sich gegen Rassismus aus, Bands wie »Sportfreunde Stiller«, »Die Toten Hosen«, »Die Ärzte«, »Pur« – um nur einige zu nennen – spielen bei Konzerten gegen Rechtsextremismus.

Verstärkt hat sich auch in den letzten Jahren die Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus im Sport. Die Sensibilität gegenüber rassistischen Parolen in Stadien ist gestiegen – auch wenn hier die Verantwortlichen noch nicht immer konsequent genug reagieren. Ein Beispiel mit vielen guten Ansätzen ist die gewaltpräventive Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Ausgabe der Zeitschrift »Impulse« gibt beispielsweise 100 Hinweise und Empfehlungen gegen Gewalt und Rassismus im Amateurfußball.

weiterlesen: www.kriminalpraevention-mv.de

Gute Beispiele

Nicht von allen inzwischen Hunderten von unermüdlichen, kreativen und streitbaren Bündnissen und Aktionen gegen die braune Gefahr kann an dieser Stelle berichtet werden, hier nur drei Beispiele:

Nachdem in Dresden die rechtsextreme Szene seit Jahren mit Großaufmärschen beinahe unwidersprochen versucht, die Opfer des Bombenangriffs auf die Stadt 1945 für sich zu instrumentalisieren, folgten 2009 rund 10.000 Menschen dem Aufruf »Geh denken« eines bundesweiten Parteien übergreifenden Bündnisses.

»Ganz klar: Nazis sind absolut nicht cool, sondern einfach nur dumpf. Vor allem ist es aber wichtig, Kindern und Jugendlichen eine Perspektive zu geben, damit sie nicht aus lauter Frust Gefahr laufen, sich mit rechtsradikalen Gedanken anzufreunden.«

Bastian **Schweinsteiger**
im Interview mit »Mut gegen rechte Gewalt«

Bundesdeutsche Aufmerksamkeit erreichte im September 2008 die beispielhafte Aktion »Kein Kölsch für Nazis«. In kreativer Zusammenarbeit mit Parteien, Bürgerbündnissen, Künstlern, Kneipenwirten, Taxifahrern und vielen anderen ist es der Stadt gelungen, den rassistischen »Anti-Islam-Kongress« der rechtsextremen Vereinigung »Pro Köln« zu verhindern.

Jede/r kann etwas tun: Das Dresdner Hotel »Holiday Inn« stornierte im Oktober 2007 eine Bestellung von zwei sächsischen NPD-Abgeordneten mit den Worten: »Es ist unseren Mitarbeitern nicht zuzumuten, Sie zu begrüßen und zu bedienen.« schrieb die »taz« am 17. Oktober 2007.

Noch gibt es keine Statistik über Anzahl und Aktivitäten von Bündnissen gegen Rechtsextremismus, aber wer in seiner Nähe eine Initiative oder eine Gruppe sucht, der kann sie inzwischen meistens finden. Wenn nicht, sollte er oder sie mit Gleichgesinnten ein Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus gründen und sich einmischen.

Humor

Wer sich über längere Zeit mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus beschäftigt läuft Gefahr, bei Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien und immer wieder neuen Meldungen über rechte Gewalt den Mut und die Ausdauer zu verlieren. Ein Mittel dagegen ist der Humor: Da hängt bei Demonstrationen das überdimensionale Transparent »Kein Sex mit Nazis«, die »Apfelfront« skandiert: »Was gibt der deutschen Jugend Krrrraft? Apfelsaft!«, Jugendliche schmücken sich mit »Storch-Heinar«-T-Shirts, Clowns treiben ihr »Unwesen« bei Demonstrationen und wedeln Staub von Polizistenhelmen, die satirischen Videoclips von »Extra3« erfreuen sich besonderer Beliebtheit. So ernst wie das Problem ist, nichts ärgert den gemeinen Neonazi mehr als beißende Satire.

Keine Überfremdung des deutschen Obstbestandes mehr! In der Vergangenheit wurden rein deutsche Obstsorten wieder und wieder durch das Aufpfropfen fremder Arten verunreinigt. Schluss damit!

Zentralforderung der **Front deutscher Äpfel**, www.apfelfront.de

Weiterlesen: www.storchheinar.de

Zivilgesellschaftliches Engagement in Thüringen

Bürgerbündnisse und Vernetzung

Ermutigend ist die Vielzahl von Bündnissen gegen Rechtsextremismus, die sich in den vergangenen Jahren in Thüringen gründeten. Das reicht vom Altenburger Aktionsbündnis über den Bürgertisch Demokratie Erfurt, das Aktionsbündnis Courage Pöbneck, das Aktionsnetzwerk Jena, die Bündnisse Schleusingen, Nordhausen, Meiningen, Sonneberg und Suhl, Weimar und Weimarer Land, Eisenach für Toleranz und viele andere mehr.

Insgesamt sind es über 20 lokale Initiativen mit breiter Bürgerbeteiligung, die sich für Demokratie und Toleranz in ihrer Region positionieren, Aufklärungsveranstaltungen und Demonstrationen gegen rechtsextreme Aufmärsche organisieren. In einigen Regionen steht noch aus, einen Konsens mit den örtlichen Antifa-Gruppen zu finden und trotz unterschiedlicher Ansätze gemeinsam zu agieren.

Ein kontinuierliches Zusammenwirken der Thüringer Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus ist im Aufbau begriffen. Besonders hilfreich war dabei das von der Mobilien Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (Mobit e.v.) organisierte Vernetzungstreffen »Stark!«, bei dem sich im November 2008 über 20 Thüringer Bündnisse trafen und über ihre gegenwärtige und zukünftige Arbeit diskutierten. Ein Beispiel von kontinuierlicher inhaltlicher Auseinandersetzung mit Ursachen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus ist der »antirassistische und antifaschistische Ratschlag«, der 2009 bereits zum 19. Mal in Thüringen organisiert wird.

Ziviler Ungehorsam

Am 6. September 2007 in Jena, am 5. April 2008 in Weimar und am 13. September 2008 in Altenburg blockierten tausende Menschen mit der Fünf-Finger-Strategie Nazi-Aufmärsche. Es gelangen erhebliche zeitliche und räumliche Behinderungen der Nazi-Aktivitäten. Diese Erfolge waren Ergebnis von langfristigen, gemeinsamen Vorbereitungen von Bündnissen aus verschiedenen Städten, die sich nicht

Ein Lehrstück für kluge Taktik gegen die **Unterwanderungsstrategie der Rechtsextremen** gelang in Schleusingen im Thüringer Wald:

Der vorbestrafte Neonazi Tommy F. - unterstützt von Neonazis aus ganz Thüringen - erklärte Schleusingen zur »Frontstadt« und verkündete »Eines Tages wird auch in Schleusingen ein NPD-Bürgermeister regieren.« Anschließend wollte er in die Freiwillige Feuerwehr eintreten - um sich bekannt zu machen für die Wahlen 2009. Alle 43 Feuerwehrleute erklärten ihren Austritt, sollte der Rechtsextreme aufgenommen werden. Damit war sein Antrag abgeschmettert, Tommy F. zog aus Schleusingen weg.

Aus: Christoph Ruf/Olaf Sundermeyer: »In der NPD - Reisen in die National Befreite Zone«

damit abfinden wollen, dass Nazis mit ihrer menschenverachtenden Ideologie wieder die Straßen bevölkern dürfen. Hunderte von Unterstützer-Unterschriften im Vorfeld unterstrichen die Entschlossenheit der Bürgerschaft, sich den Erklärungen zu friedlichen Sitzblockaden anzuschließen. Das ist eine neue Qualität im Einsatz gegen Rechtsextremisten in Thüringen, den Bürgerbündnisse in Thüringen in Gemeinsamkeit weiter beschreiten werden.

Weiterlesen: Anhang

Vielfalt tut gut

Zehn Thüringer Kreise und kreisfreie Städte haben lokale Aktionspläne im Rahmen des Programms »Vielfalt tut gut« erarbeitet. Bunt und vielfältig sind die Vorhaben, die die unterschiedlichen Träger verwirklichen: Mit interkulturellem Lernen im Vorschulbereich befasste sich ein Projekt im Ilmkreis, unter dem Motto »Lebendig, kräftig, schärfer« baute die Evangelische Kirche Arnstadt eine Samba-Gruppe auf, initiierte eine Ausstellungsreihe mit Texten und Bildern von Jugendlichen über erlebte Gewalt, Diskriminierung und Intoleranz und organisierte interkulturelle Treffen. Der Kreisjugendring Nordhausen veranstaltete das Projekt »Colorful Games – spielend andere Kulturen kennen lernen«, im Kyffhäuserkreis plante die Kreisjugendfeuerwehr Artern »Mit Vielfalt und Toleranz gemeinsam im Verband« und mit »Cross over - Akzeptanz und Toleranz für Eisenach« widmet man sich der Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements bei der Integration von Spätaussiedlern und Zuwanderern. »Sport statt Gewalt« heißt es an sozialen Brennpunkten im Saale-Holzland-Kreis, das Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft plant in Mühlhausen Bildungsveranstaltungen zu den Themen neonazistische Codes und Symbole in Kleidung, Sprache und Musik; Erkennen von Fremdenfeindlichkeit; Präventionsarbeit gegen rechte Propaganda und Rhetoriktraining gegen die Strategie der »subversiven Argumentation«.

In Pöbneck wurde ein international beachteter künstlerischer Wettbewerb ausgeschrieben. Mit der an der Grundstückslinie am Pöbnecker Schützenhaus – vor einigen Jahren durch den Neonazi Jürgen Rieger erworben – verlaufenden »TOLERANZ-Grenze« soll ein optisches



Zeichen gesetzt werden, dass Fremden- und Demokratiefindlichkeit in Pößneck nicht toleriert werden.

In Ohrdruf wurde soziales Training angeboten, um gewaltbereiten, strafrechtlich in Erscheinung getretenen männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit Denkanstöße zur Verhaltensänderung zu vermitteln.

Im Unstrut-Hainich-Kreis startet 2009 die Aktion »Wissen macht stark – Stark gegen Rechts«, u.a. in Suhl und Weimar gab es 2008 Konzerte unter dem Motto »Aufmucken gegen Rechts«. Diese Projekte sind nur ein Bruchteil der Anstrengungen, die in Thüringer Kommunen, Schulen, freien Trägern und lokalen Bündnissen unternommen werden, um den Einfluss rechtsextremer Ideologien und Aktionen zurückzudrängen.

Weiterlesen: www.vielfalt-tut-gut.de

Sport

Unter der Überschrift »Kein Raum und kein Platz für Antidemokraten – nicht auf dem Spielfeld, nicht auf den Zuschauerrängen, nicht in den Sporthallen und auch nicht in den Köpfen!« bezog der Landessportbund Thüringen bereits 2007 Stellung gegen Versuche rechtsextremer Unterwanderung von Sportvereinen. 2008 sandte der Dachverband allen Thüringer Sportvereinen und -verbänden das Handmaterial »Rechtsextremismus im Sport – Nicht mit uns!«. Gezielte Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in der Vereinsarbeit wie beispielsweise eine klare Positionierung in der Vereinsatzung oder Vorsorgemaßnahmen bei der Vermietung von Vereinsanlagen werden ebenso erläutert wie Verhaltens- und Handlungsempfehlungen bei der Organisation und Durchführung von Sportveranstaltungen und bei gezielten Informationsveranstaltungen gegen Extremismus und Gewalt.

weiterlesen: www.thueringen-sport.de

Vorbildliche Arbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt leisten seit Jahren die Jenaer Ultras »Horda Azzuro« und das Fanprojekt Jena. Seit 1998 konnten die Mitarbeiter und Helfer mit den Streetsoccer-Touren durch Thüringen viele Jugendliche erreichen.

»Ein **Ausschluss** von Rechtsextremen hat nichts mit mangelnder Toleranz zu tun. Es handelt sich dabei vielmehr um die demokratische Ächtung rechtsextremer Positionen. Ächtung und Ausschluss erfolgen auf der Basis eines demokratischen und menschenrechtsorientierten Standpunkts und mit dem Ziel, Neonazis und Rechtsextremen keine Plattform zu bieten, ihre Ideologie zu propagieren.«

Aus: »Was Demokraten gegen Rechtsextreme tun können«, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg, 2008

Kirche

Die Kirche startete 2008 unter dem Motto »Nächstenliebe verlangt Klarheit. Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus« ein Aktionsjahr. Die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und die Evangelisch – Lutherische Kirche in Thüringen haben eine Materialsammlung zur Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus entwickelt, das den Pfarrämtern und Jugendmitarbeitern zur Verfügung gestellt wurde. Aktionen und Gesprächskreise mit erwachsenen und Jugendlichen, thematische Gottesdienste und die ständige Mitwirkung in vielen örtlichen Bündnissen gegen Rechtsextremismus sind Bestandteile des kirchlichen Engagements.

Weiterlesen: www.landeskirche-sachsen.de/doc/Handreichung_gegen_Rechtsextremismus2.pdf

Beratung und Hilfe

Die Mobile Beratung für Demokratie – gegen Rechtsextremismus Thüringen (Mobit e.v.) berät und unterstützt seit vielen Jahren mit Sachkompetenz und Engagement kommunale Aktionsbündnisse und regionale Netzwerke. Mit Vorträgen und Workshops u.a. zu den Themen »Rechtsextremismus in Thüringen«, »RechtsRock« und »Zeichen und Symbole der rechtsextremen Szene« vermitteln die Mitarbeiter/innen Handlungskompetenzen für Multiplikator/innen in Schule, Ausbildung, Jugendarbeit, Jugendbildung und Verwaltung. Rechtsextreme Aktivitäten und Gegenstrategien werden dokumentiert und analysiert. Eltern und Angehörige von Kindern und Jugendlichen in der rechten Szene und Teilnehmer am Projekt »Schule ohne Rassismus« können sich ebenfalls bei Mobit beraten lassen.

Im Wahljahr 2009 bietet die Beratungsstelle im Rahmen der Kampagne »Thüringen gemeinsam gegen Rechtsextremismus« eine Reihe von speziellen Aufklärungsvorträgen an, die Kommunen, Vereine und Verbände für ihre Region buchen können.

Weiterlesen: www.mobit.org

Der Opferhilfsdienst Thüringen (THO) bietet Menschen, die rechtsextremen und rassistischen Gewalttaten zum Opfer gefallen sind, bei Behördengängen und Gerichtsverhandlungen Hilfe an und informiert über mögliche Entschädigungsleistungen.

Weiterlesen: www.opferhilfsdienst.de

Ein Landesprogramm ?

Als einziges ostdeutsches Bundesland hat Thüringen kein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus. Immer noch wird der Rechtsextremismus nicht als eine gesamtgesellschaftliche Problematik anerkannt, sondern oft auf den Gewaltaspekt reduziert und als Jugendproblem abgetan. Das Land Thüringen steuert Gelder für die vom Bund finanzierten Lokalen Aktionspläne bei, zögert jedoch, das Problem Rechtsextremismus mit einem eigenen Programm auf die Tagesordnung zu setzen. Bleibt zu hoffen, dass ein neu gewählter Landtag im Herbst 2009 hier auf Abhilfe drängt.

Weimar und Weimarer Land – Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt

Weimar steht aufgrund seiner historischen Entwicklung in einer besonderen Verantwortung - als Stadt des klassischen Humanismus, als Entstehungsort der ersten demokratischen Verfassung in Deutschland und als Ort des Grauens durch das Konzentrationslager Buchenwald. Viele Bewohner/innen und Verantwortliche der Stadt sind sich dieser Verantwortung durchaus bewusst, und so konnte in den vergangenen Jahren ein breiter Konsens gegen Rechtsextremismus hergestellt werden.

Erinnerung und Verantwortung

Die Gedenkstätte Buchenwald leistet einen wichtigen Beitrag zur Erinnerungskultur in Weimar. Die Besucher/innen – unter ihnen viele Schülergruppen aus dem In- und Ausland – werden mit guten pädagogischen Konzepten und wechselnden Ausstellungen über das schreckliche Geschehen im KZ aufgeklärt. Gedenkveranstaltungen ermöglichen Begegnungen zwischen ehemaligen Häftlingen und Jugendlichen. Der sehr aktive Förderverein der Gedenkstätte ergänzt diese Angebote durch zusätzliche Führungen, Ausstellungen und Veranstaltungsreihen. Volkhard Knigge, langjähriger Gedenkstättenleiter ist auch immer wieder kompetenter, verantwortungsvoller Diskussionspartner bei aktuellen Fragen. So äußerte er 2008 gegen die geplante Ernennung von Dr. Peter Krause zum Thüringer Kultusminister massive Bedenken, weil dieser »sein langes und intensives Verhältnis zur Neuen Rechten weichgespült und vernebelt« habe (*Thüringische Landeszeitung* 03. Mai 2009). Die Interventionen Knigges, der überregionalen und regionalen Presse sowie vieler Bürger/innen führte zum Verzicht Krauses auf das Amt.

Mit der »Weimarer Erklärung« bekräftigten der Oberbürgermeister und alle Stadträte ihre Verantwortung gegenüber den Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald und versicherten »nationalsozialistisches Gedankengut, Rassismus und Antisemitismus immer mit aller Kraft zu bekämpfen.« (*siehe Anhang*)

Auf dem Programm des Weimarer Kunstfestes steht jährlich das Auftaktkonzert »Gedächtnis Buchenwald«, Ausstellungen, Theaterinszenierungen und Gesprächsrunden des Festivals setzen sich mit dem Holocaust auseinander.

In Apolda gründeten Mitglieder der Geschichtswerkstatt Weimar/Apolda 2006 den »Prager-Haus-Verein«, der das Haus der jüdischen Familie Prager als Gedenk- und Erinnerungsort an die jüdischen Einwohner der Stadt erhalten möchte. Er widmet sich der Aufklärung über die Wurzeln und das Auftreten des Antisemitismus in der Region, dokumentiert die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung während der Zeit des Nationalsozialismus und engagiert sich in Projekten gegen Rechtsextremismus im Weimarer Land. So initiierten

Peter Krause, CDU-Landtagsabgeordneter und Kreisvorsitzender seiner Partei in Weimar, schrieb bis 2000 für die »Junge Freiheit« und bezeichnete 2008 die rechtslastige Wochenzeitschrift in einem Interview als ein »anerkanntes Medium in der deutschen Presselandschaft«. 2009 wurde er trotz vielfältiger Proteste Vorsitzender des Kulturausschusses des Thüringer Landtages, er ist Spitzenkandidat der Weimarer CDU für die Kommunalwahl 2009.

»Kunstprojekt für Europa« des Kölner Künstlers Gunter Demnig. Jeweils vor dem letzten Wohn- oder Arbeitsort eines von den Nationalsozialisten ermordeten jüdischen Menschen wird eine Messingplatte mit den eingravierten Lebensdaten des Opfers verlegt. **Stolpersteine** gibt es in inzwischen fast 200 Städten in ganz Europa.

www.stolpersteine.com

die Mitglieder des Vereins die Verlegung der inzwischen fast 30 »Stolpersteine« in Apolda. In Weimar erinnern ebenfalls über ein Dutzend Stolpersteine an von den Nationalsozialisten verschleppte und ermordete jüdische Menschen. Forschungsarbeiten, Patenschaften und eine Ausstellung begleiten die Initiativen.

Die langjährige Arbeit mit Schülern im »Auschwitz-Projekt« am Apoldaer Gymnasium, das Theaterstück »Topf und Söhne« am Goethegymnasium Weimar, Projektwochen und Seminararbeiten von Schüler/innen sind Zeugnisse intensiver Auseinandersetzung vieler junger Menschen mit dem Nationalsozialismus. Der von den Kirchen initiierte Erinnerungsgang am 11. November zum jüdischen Friedhof in Weimar ist seit vielen Jahren zur guten Tradition geworden.

Im Januar 2008 hielt der »Zug der Erinnerung« für drei Tage in Weimar und Apolda, ein Aktionsbündnis aus 14 Initiativen und Einrichtungen Weimars und des Kreises Weimarer Land hatte den Zug in die Region eingeladen. Mit langfristiger Vorbereitung, viel ehrenamtlichem Engagement und beispielhafter Zusammenarbeit der unterschiedlichen Veranstalter wurde unter der Federführung des Vereins Gerberstraße 1, der Antifa Apolda und der Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus ein umfangreiches Begleitprogramm mit Filmen, Vorträgen, thematischen Stadtrundgängen, Konzerten und einem Mahngang organisiert. 4.400 Menschen besuchten in Weimar und Apolda die beeindruckende Ausstellung über die Deportation von Kindern in der NS-Zeit, das Begleitprogramm wurde von ca. 1.300 Besucher/innen wahrgenommen.

Der »**Zug der Erinnerung**« fährt seit November 2007 durch ganz Deutschland um mit einer Ausstellung an über drei Millionen in der Nazi-Zeit deportierte und ermordete Mitmenschen zu erinnern, ihrer zu gedenken und vor Faschismus, Rassismus und Antisemitismus zu warnen.

www.zug-der-erinnerung.eu

Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimar

Nach den unerträglichen rechtsextremen Übergriffen und Aufmärschen in den 1990er Jahren gründete sich im Jahr 2000 das Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimar als ein Zusammenschluss von Bürger/innen aus den unterschiedlichsten sozialen und politischen Zusammenhängen. Kleinster gemeinsamer Nenner war und ist das Eintreten gegen alle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Nicht immer herrscht Einigkeit über Inhalte und Formen von Aktionen, doch bisher ist es auch in schwierigen Situationen meist gelungen, im Konsens zu handeln und trotzdem die Auseinandersetzung nicht zu scheuen.



Der vom Bundesprogramm Civitas 2001 – 2006 geförderten »Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus« gelang in enger Zusammenarbeit mit dem Bürgerbündnis eine Reihe erfolgreicher Aktionen gegen rechtsextreme Umtriebe. Vielen engagierten Bürger/innen Weimars noch gut im Gedächtnis ist beispielsweise die große Aktion gegen einen geplanten Nazi-Aufmarsch im Mai 2000: »Leise Sohlen statt lauter Parolen« hieß damals ein Projekt der Bauhaus-Universität, die Thüringische Landeszeitung gab eine Sonderausgabe in 15.000 Exemplaren mit einem ganzseitigen Demonstrations-Aufruf heraus – und zum Jubel der Teilnehmer/innen wurde noch am Tag der Aktion der rechte Aufmarsch verboten.

Im September 2001 bekräftigte der Stadtrat während einer öffentlichen Sitzung die von 1991 stammende Erklärung »Für Fremdenfreundlichkeit und Toleranz«, und Weimar wehrte sich mit einer bunten Karawane gegen einen Nazi-Aufmarsch, Markenzeichen war das rote Ampelmännchen.

Aufsehen erregend und wirkungsvoll war 2002 das große Hupkonzert mit dem Weimarer Musiker Michael von Hintzenstern, mehrere tausend Menschen beteiligten sich an dem über sechs Kilometer langen Demonstrationzug durch Weimar – die Rechtsextremen mussten sich mit einem Marsch durch die menschenleere Rießnerstraße begnügen.

Viel diskutiert wurden in dieser Zeit Gerichtsbeschlüsse, die Aufmärsche von rechtsextremen Parteien und Verbänden nach Verboten in der ersten Instanz dann doch wieder zuließen.

Nicht immer war das BgR mit den eigenen Aktionen zufrieden – das Friedensfest am 1. September 2003 wurde von einigen im Rückblick als wenig wirksam bezeichnet, da es im abseits gelegenen Weimarahallenpark stattfand, während die Nazis unbehelligt durch Weimar marschierten – nur von kleineren Blockierungsversuchen kurzzeitig aufgehalten.

Im Jahr 2004 gab es gegen Dutzende von angemeldeten Aufmärschen der »Freien Kameradschaften« eine Reihe von Gegenaktionen: Im März hieß es »Bunte Vielfalt gegen Braune Einfalt«, im April wurde eine

»Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung von Ausländern ... haben in Weimar keinen Platz. Heute und in aller Zukunft soll die Stadt Weimar ein Ort der Begegnung und der gegenseitigen Verständigung in Offenheit und Toleranz sein, über Grenzen und Sprachen hinweg.«

Aus einer **Erklärung des Weimarer Stadtparlamentes** von 1991

»... dass sich ein rechter Mob auf eine Verfassung berufen kann, die er mit Füßen tritt, dass er Grundgesetze für sich in Anspruch nehmen kann, die er Ausländern, Homosexuellen, Linken nicht zugesteht, ist allerdings **unerträglichste Realität**«


schrrieb die TLZ am 22.4.02

Aktionswoche gegen Rechtsextremismus mit Filmen, Ausstellungen, Workshops, Musik und einer großen Demonstration organisiert, im Oktober gingen die Menschen unter dem Motto »Nazis von der Straße zwiebeln« mit Trommeln und Lärminstrumenten auf die Straße.

Eine Sitzblockade auf dem Goetheplatz wurde durch die Polizei aufgelöst, junge Demonstrant/innen lieferten sich mit der Polizei ein Katz- und-Maus-Spiel in der Innenstadt, der bis dahin gültige gemeinsame Aktionskonsens bekam Risse. Der damalige Oberbürgermeister Dr. Volkhardt Germer rief zur Rückkehr zur Geschlossenheit und lud zur großen Zukunftskonferenz (*siehe Seite 74*) ein.

Gegen den »Thüringentag der nationalen Jugend« auf dem Stadionvorplatz wehrte sich die Weimarer Bevölkerung 2005 mit einer spektakulären Verhüllung des Nationaltheaters mit der Aufschrift »Weimar sagt NEIN«. In neu gefundener Einigkeit demonstrierten ca. 2.000 Menschen mit Reden, Musik und Sportaktionen, bis das rechte »Familienfest« vorfristig abgebrochen wurde.

»Weimar wach(t) gegen Nazis« betitelte das BgR im August 2006 ein politisches Fest gegen eine im letzten Moment abgesagte rechte Veranstaltung, am 1. Mai 2007 wachten Weimarer auch wieder auf dem Bahnhofsvorplatz, als ein in Erfurt angemeldeter NPD-Aufmarsch nach Weimar auszuweichen drohte.



Im April 2008 gab es mit der Erklärung »Aufstehen – Platz nehmen«, zu der sich ca. 600 Unterstützer/innen mit ihrem Namen bekannten, erstmals in Weimar die Ankündigung einer friedlichen Blockade einer bevorstehenden NPD-Demonstration. Mit Unterstützung vor allem aus Jena und Erfurt gelang es ca. 1.000 Bürger/innen, den Goetheplatz zu blockieren und damit die Nazi-Route massiv zu behindern und zu verkürzen. Von einer neuen Qualität zeugten auch die 370 Unterschriften gegen Rechtsextremismus, die allein im Weimarer Klinikum gesammelt wurden.

»Das Bündnis verliert die Mitte und wird dominiert von jugendlichen **Heißspornen** aus dem linken Spektrum. Doch wo waren die Vertreter von CDU und Weimarwerk, die zumindest in Wahlkampfzeiten das Thema besetzten?«

TLZ, 25.10.04

Weiterlesen: www.weimar-zeigt-sich.de

Der Verdienst der Netzwerkstelle und des Bürgerbündnisses gegen Rechtsextremismus war und ist es, dass in Weimar kein Nazi-Aufmarsch oder -Infostand unwidersprochen blieb und bleibt. Die Akteur/innen agieren unermüdlich, etliche seit vielen Jahren mit viel Kraft- und Zeitaufwand, Kreativität und persönlichem Engagement. Neben der sehr wichtigen Interventions- und Vernetzungsarbeit leistet das BgR außerdem einen bedeutenden Beitrag zur Prävention. Neben eigenen Vorträgen und Workshops tritt das Bündnis als Kooperationspartner für eine Reihe von Veranstaltungen in Erscheinung, leistet Recherchearbeit, berät Opfer rechter Gewalt, hält Verbindung zu Presse, Stadtverwaltung und Polizei.

Der Workshop 2007 »Rechtzeitig gegen rechts – Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus in den Medien« beförderte die Diskussion mit Medienvertreter/innen, die engagierte Beteiligung am Projekt »Zug der Erinnerung« 2008 trug auch zur besseren Vernetzung mit anderen Initiativen der Region bei, die Beteiligung an den Aktionen im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes qualifiziert die inhaltliche Arbeit der Bewegung gegen Rechtsextremismus insgesamt.

Als besonders Identität stiftend erwies sich die Entwicklung des Logos für das BgR durch zwei Studenten der Bauhaus Universität. Das im gleichen Projekt entstandene Klebeband NO NAZIS fand und findet sich inzwischen bei jeder Demonstration des Bürgerbündnisses auf Jacken, Taschen oder Hosenbeinen von Beteiligten.

Im Jahr 2009 richtet sich das Hauptaugenmerk des Bürgerbündnisses auf die Wahlen; Infostände und Veranstaltungen im Rahmen der Thüringer Initiative »Deine Stimme gegen Nazis« leisten Aufklärung über die wahren Absichten rechtsextremer Parteien und ihrer Akteure.

Weiterlesen: www.deine-stimme-gegen-nazis.de





Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimarer Land

Als Reaktion auf die immer offener und gewalttätiger agierenden Rechtsextremen im Weimarer Land gründeten im Februar 2007 engagierte Menschen das Bürgerbündnis.

Der Landrat des Weimarer Landes sowie die Bürgermeister der Städte Weimar, Apolda, Bad Berka und Blankenhain unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung zur Schaffung einer »Koordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz – gegen den Rechtsextremismus«.

Angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre wurde die Zunahme bürgerschaftlichen Engagements und die Tatsache, dass erstmals die extreme Rechte als Problem benannt und nicht weiter verharmlost wurde, als ein wichtiger Fortschritt betrachtet. Ebenso Dank der kontinuierlichen Dokumentationsarbeit durch Antifa-Gruppen im Weimarer Land werden rechtsextrem motivierte Übergriffe inzwischen stärker als ernsthaftes Problem wahrgenommen.

Die erste große Aktion des Bündnisses war die Demonstration zum Jahrestagtag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2007 im Apolda. Hier zeigten mit Unterstützung aus Jena und Weimar viele Bürger/innen öffentlich und deutlich, dass sie sich mit der Atmosphäre von Einschüchterung durch rechtsextreme Schläger in ihrer Stadt nicht abfinden wollen. Unter dem Motto »Freiheit begreifen – Verantwortung leben« organisierte das Bündnis auch 2009 eine Veranstaltungsreihe und ein Stadtfest am 8. Mai in Apolda. Nach den fremdenfeindlichen Übergriffen im August 2008 auf Imbiss-Läden in Bad Sulza organisierte das Bürgerbündnis ein »solidarisches Abendessen« mit einer Kundgebung.

Mitglieder der Bürgerbündnisse Weimar und Weimarer Land erreichten im gleichen Jahr durch massive Proteste die Rücknahme einer Versicherungskündigung bei der Apoldaer Unternehmerin, der wiederholt von Rechtsextremen die Scheiben eingeworfen wurden. Auch durch das Engagement des Bürgerbündnisses konnte das Projekt »Zug der Erinnerung« Anfang 2008 zu einem großen Erfolg werden. Nach der Begrüßung durch den Bürgermeister besuchten Hunderte Menschen bis in die späten Abendstunden die Ausstellung im Zug. Filme, ein

Eine relativ kleine Gruppe von nur 50 Anhängern hält unsere Stadt mit rechtsextremistischer Propaganda und mit Übergriffen auf unsere Mitbürger im Griff, solange wir uns nicht wehren. Unser Bündnis will gemeinsam mit dem Bürgermeister, dem Stadtrat, Vertretern der Kirche, der Parteien, des Landkreises und der Polizei verhindern, dass Apolda und Umland zur »national befreiten Zone« wird. Wir treten für ein tolerantes, buntes und friedliches Leben ein!

Aus dem **Aufruf des BgR**
Weimarer Land 2007

Konzert, thematische Stadtrundgänge in Bad Sulza und Apolda und eine Präsentation des Auschwitz-Schülerprojekts bildeten das ebenfalls gut besuchte Rahmenprogramm. Für November 2008 regte das BgR Weimarer Land mit Partnern den Demokratietag in Bad Berka an, an dem mit Vorträgen und Workshops über rechtsextreme Strukturen aufgeklärt wurde. In einer Folgeveranstaltung am Gymnasium Bad Berka im März 2009 konnten sich Eltern und andere Interessierte über rechte Musik sowie Zeichen und Symbole informieren.

Aktive aus dem Weimarer Land waren bei den Anti-Nazi-Demonstrationen in Altenburg, Dresden und Pößneck beteiligt, brachten sich beim Interkulturellen Fest ein und engagieren sich weiterhin für eine Vernetzung der Bündnisse in Thüringen. Das Bürgerbündnis hat sich zur Aufgabe gestellt, noch mehr Menschen im Landkreis für seine Arbeit zu gewinnen und sich auch weiterhin für die Sensibilisierung der Menschen gegenüber allen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus einzusetzen.

In Zusammenarbeit der Bürgerbündnisse Weimar und Weimarer Land wurde 2007 der »Verein zur Förderung von Demokratie und Toleranz« gegründet. Der Verein fördert Maßnahmen und Veranstaltungen zur Demokratieförderung in der Region und ist u.a. Träger der 2009 mit finanzieller Hilfe des Landkreises engagierten Netzwerkerin für Demokratieprojekte im Weimarer Land.

Weiterlesen: Anhang

Die Kommunen

Die Kommunen können einiges zur Verbesserung von Lebensqualität, gegen Ausgrenzung und damit Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus leisten. Dazu gehören in Weimar beispielsweise die Projekte »Soziale Stadt« in Weimar – West und Schöndorf mit der Etablierung der Mehrgenerationenhäuser.

Das Projekt »**Soziale Stadt**« mit einem eigenen Quartiermanager in Weimar-West bietet u.a. Arbeits-, Sozial- Schuldnerberatung, Seniorennachmittage, Kinderbetreuung, ein Bürgercafé, eine Büchererei, Energieberatung, Nähstube mit Kleiderboutique, Holzwerkstatt, Transporterservice, Kurse und wöchentliche Veranstaltungen an.

Die Interkulturellen Wochen, die in Weimar und Apolda seit vielen Jahren veranstaltet werden, bringen Menschen unterschiedlicher Herkunft zueinander und helfen Vorurteile abzubauen.

Im Januar 2005 fanden sich auf Anregung der Netzwerkstelle und mit Unterstützung von Mobit in Weimar 62 Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zur Zukunftskonferenz »Weimar zugewandt – für eine weltoffene und menschliche Stadt« zusammen. Die dreitägige Konferenz war ein wichtiger Schritt zum gemeinschaftlichen, demokratischen Handeln in der Stadt; es entstanden Ideen für utopische und konkrete Projekte, die in Arbeitsgruppen diskutiert wurden.

Ein Teil der Vorhaben wie der Weimarpass, die Kinderuniversität oder generationenübergreifende Projekte werden bereits verwirklicht.

In Gremien wie dem Jugendparlament in Apolda oder dem Kriminalpräventiven Rat in Weimar können sich Bürger/innen in die Belange ihrer Stadt einmischen, Formen demokratischer Mitbestimmung werden praktiziert. In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus arbeiten die Verantwortungsträger beider Kommunen mit den Bürgerbündnissen kooperativ zusammen. Ein besonderes Beispiel ordnungspolitischer Verantwortung waren die durch den Apoldaer Bürgermeister veranlassten Hausdurchsuchungen im September 2008. Bei einschlägig bekannten Personen wurden rechtes Propagandamaterial und Aufkleber gefunden, mit denen zuvor bereits öffentliche Gebäude und Verkehrsschilder in Apolda übersät wurden.

Nach einer Bewerbung durch den Kriminalpräventiven Rat wurde der Stadt Weimar 2008 der Ehrentitel »Ort der Vielfalt« verliehen. Diese Auszeichnung ist zahlreichen Initiativen und Aktionen in den letzten Jahren zu verdanken – so z.B. den Schulprojekttagen, dem interkulturellen Neujahrsfest, den Erziehungsprojekten für Demokratie, Bildungsprojekten für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, den zahlreichen Ausstellungen und Aktionen gegen Ausgrenzung und für das friedliche Zusammenleben aller in Weimar. Deswegen wandert das Ortsschild mit der Aufschrift zu den vielen und verschiedenen »Orten der Vielfalt«, an denen sich Weimarer um diese Auszeichnung verdient gemacht haben.

»Ich nehme an der großen Weimarer Zukunftskonferenz 2005 teil, weil ich mich mit der Hochschule und anderen kulturellen Einrichtungen für eine **friedliche und tolerante Stadt** einsetzen will.«

Prof. Rolf-Dieter Arens,
Rektor Hochschule für
Musik »Franz Liszt«

»Ich nehme an der großen Weimarer Zukunftskonferenz 2005 teil, weil die Zukunft der Lebensqualität in unserer Stadt auch davon abhängt, das Bündnis gegen Rechts auf eine sehr breite bürgerliche Basis zu stellen und wir das kreative Engagement aller brauchen, um Weimars Ruf als **weltoffene, gastfreundliche Kulturstadt** nicht zu gefährden.«

Petra Streit, Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen Weimar

Projekte von und für Jugendliche

Ein Projekt der besonderen Art ist der seit 2005 stattfindende schulübergreifende Projekttag »Schulen für Aufklärung« in Weimar. In bis zu 50 verschiedenen Workshops arbeiten Schüler/innen zu Themen aus Kultur, Gesellschaft, Politik und Geschichte und Sport, bei einer großen Abschlussveranstaltung werden die Ergebnisse präsentiert. Die Idee, einen solchen Tag zu organisieren, war Ende 2004 innerhalb einer Gruppe politisch engagierter Jugendlicher entstanden. Der damals bevorstehende 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald und die damit verbundene Möglichkeit, mit Zeitzeugen ins Gespräch zu kommen, gab Anlass dazu, sich intensiver mit dem historischen und aktuellen Rechtsextremismus zu beschäftigen. Das Beispielhafte an diesem Projekt ist, dass sowohl die Initiative als auch die gesamte Planung und Organisation von Schüler/innen selbst geleistet wurde und wird. Für diesen besonderen Einsatz wurden die Organisationsteams 2008 mit dem Bürgerpreis der Sparkassenstiftung und 2009 mit dem Preis des Förderprogramms »Demokratisch handeln« ausgezeichnet.

Aus dem Projekttag heraus bildete sich das »Graswurzelnetzwerk«, eine »Initiative von unten«, in die sich sowohl Jugendliche als auch andere Interessierte einbringen können. Ziel des Netzwerkes ist es, gegenüber antidemokratischen, diskriminierenden und anderen menschenverachtenden Erscheinungsformen der Gesellschaft zu sensibilisieren, aufzuklären und diesen vorzubeugen.

Die Klosterbergschule Bad Berka entwickelte 2008 auf einer Zukunftskonferenz von Schülervertretern, Elternvertretern und Lehrerkonferenz ihr Leitbild einer demokratisch geprägten Schulkultur. Das Marie-Curie-Gymnasium Bad Berka erwarb sich den Titel »Schule ohne Rassismus«, die Wielandschule Weimar nahm mit Erfolg am Modellprojekt »Findet Demo – Kinder erleben Demokratie« teil – einige Beispiele von vielen Initiativen, die Demokratie für Kinder und Jugendliche erlebbar machen.

Weiterlesen: www.klosterbergschule.com

»Das umfangreiche Angebot zeigt, dass auch SchülerInnen ihre Bildung selbst in die Hand nehmen können. Wir verstehen unter politischer **Bildung** einen aktiven Erfahrungsaustausch und vernetzende Begegnung mit außerschulischen ExpertInnen.«

schreiben die Schüler/innen auf ihrer Homepage.

Lokaler Aktionsplan

Im Rahmen des lokalen Aktionsplans »Vielfalt tut gut - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« werden in Weimar und im Weimarer Land eine Reihe von Initiativen gefördert. Hier einige Beispiele:

Das Grafitti-Projekt »Gegen Gewalt und Rassismus – für ein Apolda, wie es uns gefällt!« 2007, der »Spürnasenclub« – die Ausbildung von Streitschlichtern in der Lucas-Cranach-Grundschule Weimar, die »Street-Soccer-Tour für Zivilcourage« durch den Landkreis, Workshops des Kinder- und Jugendzirkus´ »Tasifan« für Kinder aus sozial benachteiligten Familien.

In Apolda fand im September 2008 »Rock für Toleranz und gegen braune Einfalt« statt, im Weimarer Jugendtheater im »Stellwerk« wurde mit Jugendlichen das Stück »... und morgen die ganze Welt« auf die Bühne gebracht, das den heutigen Rechtsextremismus in Deutschland thematisiert und 2008 an sieben Schulen des Kreises mit großem Erfolg gastierte.

Im Jahr 2009 setzt der Schöndorfer Sportverein im Rahmen des Projekts »Sport frei ... von Extremismus« ein deutliches Zeichen gegen Gewalt, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Das Banner hängt für alle sichtbar an der Tribüne des Sportplatzes. Außerdem wird der VfB Apolda in seiner Arbeit mit jugendlichen Spielern und Fans begleitet.

Ziel des Modellprojektes ist es, Unterwanderungsversuchen von Rechts zuvorzukommen und die Verantwortlichen in den Vereinen für Extremismusprävention zu sensibilisieren und zu interessieren.

Weiterlesen: www.vielfalt-tut-gut-weimar.de

Laboratorium Demokratie

Eine Initiative, die weit über das Jahr der Demokratie 2009 hinaus weist ist das »Laboratorium Demokratie« der Weimar-Jena-Akademie. Das von 2009 bis 2019 angelegte Projekt ist eine Plattform für die Entwicklung von Angeboten politisch-kultureller Bildung. Es nimmt den 90. Jahrestag der Weimarer Verfassung zum Anlass für die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen demokratischer Teilhabe, speziell in den neuen Bundesländern. Arbeitsformen sind Seminare und Tagungen, Ausstellungen, Konzerte und Jugendbegegnungen zur Geschichte und Gegenwart von Demokratie. Ein Teilprojekt von vielen war die Präsentation der Anne-Frank-Ausstellung Anfang 2009 in Weimar.

Weiterlesen: www.demokratielab-weimar.de



Schlussbemerkung

Demokratie ist immer nur so stark, wie ihre Bürger/innen sie machen.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in allen seinen sichtbaren und verschleierte Erscheinungsformen kann nicht delegiert werden an »die da oben«. Wir alle stehen in der Verantwortung, uns an diesem Prozess zu beteiligen. Wir brauchen gute Argumente, kreative Ideen, Wissen, Mut, Entschlossenheit und Ausdauer, um die Demokratie täglich zu verteidigen und unser Miteinander in Vielfalt, Toleranz und Gerechtigkeit zu gestalten.





Anhang



Weimarer Erklärung zum 70. Jahrestag der Errichtung des Konzentrationslagers Buchenwald, Juli 2007

Erinnerung leben und Verantwortung übernehmen

I.

Die ehemaligen Häftlinge des KZ Buchenwald wenden sich an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Weimar:

Wir haben das KZ Buchenwald überlebt. Wir schworen, eine neue Welt des Friedens und der Freiheit aufzubauen. Und wir haben zeit-
lebens Zeugnis abgelegt von den Verbrechen Nazideutschlands. Wir haben die Gründe für diese Verbrechen offen gelegt und wir haben mit aller Deutlichkeit auf die Verantwortlichen hingewiesen. Wir haben uns engagiert und wir engagieren uns noch heute, um eine Wiederkehr dieser Verbrechen zu verhindern. Nun aber sind viele von uns gegangen und mit uns schwindet die lebendige Erinnerung an die barbarische Terrorherrschaft der Nationalsozialisten.

Wenn wir uns heute, 70 Jahre nach Errichtung des Lagers, noch einmal an diesen Ort begeben - an den Ort, wo die Nazis erst Deutsche gefangen hielten, wo sie anschließend die Widerstandskämpfer und Gegner Nazideutschlands aus allen besetzten Ländern hin verschleppten, und schließlich auch Juden, Sinti und Roma, die ausgerottet werden sollten - dann bewegt uns mehr denn je die Frage: Wer spricht von den Verbrechen der Nazis, wer tritt den Neonazis und allen Verächtern von Demokratie und Menschenwürde entgegen? Wer spricht und kämpft für uns, wenn wir nicht mehr sind?

II.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Weimar erklären gegenüber den ehemaligen Häftlingen des KZ Buchenwald:

Wir werden nie über die Verbrechen der Nationalsozialisten schweigen. Wir wissen, dass die Geschichte unserer Stadt mit der Entwicklung eines humanistischen Menschenbildes, der Etablierung von Demokratie, aber auch der Zerstörung aller Menschlichkeit verbunden ist. Der Abschied von allen, die heute noch Zeugnis von den Verbrechen der

Nazis ablegen können, wird kein Abschied von der kritischen Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus sein. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, dass das Gedenken wach gehalten und von Generation zu Generation weiter getragen werden muss.

Wir begrüßen Sie als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Weimar. Ihr Kommen bezeugt, wie unabdingbar die Ächtung der nationalsozialistischen Weltanschauung und ihrer aktuellen Ausprägungen in unserer Demokratie verankert sein und bleiben muss. Ihr Schicksal, Ihr Mut, Ihr Widerstandswille wird uns weiterhin anspornen, uns allen Formen der Wiederkehr dessen, was Sie, Ihre Heimatländer und schließlich auch Deutschland ins Unglück gestürzt hat, entschieden entgegen zu treten.

Deshalb setzt die Stadt Weimar heute ein Zeichen. Sie versichert, sich dafür einzusetzen, dass Ihr Vermächtnis zum Kern des demokratischen Selbstverständnisses und der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland gehört und dauerhaft gehören wird. Wir werden nationalsozialistisches Gedankengut, Rassismus und Antisemitismus immer mit aller Kraft bekämpfen. Wir wissen, dass Menschenrechte, Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, sondern jeden Tag neu gelebt und verteidigt werden müssen.

Bertrand Herz

Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos
Seit 2009 Ehrenbürger der Stadt Weimar

Stefan Wolf

Oberbürgermeister der Stadt Weimar

Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimar

Selbstverständnis

Mit großer Sorge beobachten wir die wachsende Aggression rechts-extremer Kräfte, aber auch die zunehmende Akzeptanz von antide-mokratischem, fremdenfeindlichem und rassistischem Gedankengut durch breite Bevölkerungsschichten. Diesen Tendenzen kann nicht ausschließlich staatlich begegnet werden. Eine lebendige Demokratie braucht engagierte Verfechter. Bürgerinnen und Bürger, Vertreter der demokratischen Parteien, der Kirchen, der Gewerkschaften, von Un-ternehmen und anderen Institutionen müssen aktiv werden, um ihn mit Hilfe von rechtsstaatlichen Instrumenten zu bekämpfen.

Wir geben der demokratischen Mehrheit der Stadt Weimar über partei-politische Grenzen hinweg Stimme und Ausdruck, indem wir die demo-kratischen Kräfte der Stadt Weimar bündeln und ihnen eine Plattform für das schnelle Agieren und Reagieren gegen rechtsextreme Gruppen und Parteien bieten.

Wir verstehen uns als konstruktive Selbstkritik der Gesellschaft. Wir treten auf, um die gesellschaftliche Ablehnung rechtsextremistischer Einstellungen einzufordern und um in der Gesellschaft demokratische, humanistische und pluralistische Einstellungen zu fördern und zu fe-stigen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die UN-Charta der Menschenrechte und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Menschlichkeit und gelebter Humanismus bilden unser Selbstverständnis.

Wir bekennen uns zu einer Vielfalt an Aktionsformen und lehnen Ge-walt als Mittel der Auseinandersetzung ab. (*Auszug aus: »BgR – wer wir sind«*)

Rechtsextreme Aufmärsche blockieren

Am 6. September 2007 in Jena, am 5. April 2008 in Weimar und am 13. September 2008 in Altenburg blockierten tausende Menschen mit der Fünf-Finger-Strategie Nazi-Aufmärsche.

Es gelangen erhebliche zeitliche und räumliche Behinderungen der Nazi-Aktivitäten. Der emanzipatorische Impuls besteht darin, dass Bürger/innen angesichts der Unverbindlichkeit und Zögerlichkeit staatlicher Institutionen im Umgang mit den Machtansprüchen der extremen Rechten ihre eigenen Kompetenzen auf diesem Feld entdeckt haben und sie mit Entschiedenheit wahrzunehmen beginnen. Das ist eine Befreiung von politischer Apathie und dem bloßen Erdulden der herkömmlichen Zustände; eine Befreiung zum mündigen, d.h. zum selbständigen und selbst verantworteten politischen Handeln. Der individuell verantwortete und kollektiv organisierte Zivile Ungehorsam demonstriert die Wirkungsmacht persönlicher Entschiedenheit, die die ihm innewohnenden Risiken in Kauf nimmt und erträgt.

Die Blockade rechtsextremistischer Veranstaltungen, die von Justiz und Polizei ermöglicht und geschützt werden, also das Sitzen auf der Straße, die unmittelbare körperliche Präsenz, ist ein politischer Vorgang, an dem die ganze Person auf elementare, konkrete und ganzheitliche Weise beteiligt ist. Unserem Ziel der Etablierung einer offensiven und selbstverständlichen Kultur von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus sehen wir uns ein ganzes Stück näher gekommen.

Wir sind auf einem guten Weg.
Wir wollen und werden ihn weitergehen.

*aus einem Auswertungsdokument des Aktionsnetzwerkes Jena nach den
Blockaden in Jena, Weimar und Altenburg*

Verein für Demokratie und Toleranz e.V. Weimar/Weimarer Land

Zweck des Vereins ist die Förderung der politischen Bildungsarbeit unabhängig von parteipolitischen Interessen, die Kriminalprävention und die Hilfe für Opfer von rechtsradikal motivierten Straftaten. Der Verein wendet sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Schwerpunkt der Tätigkeit ist der Landkreis Weimarer Land und die Stadt Weimar.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- Konzeption und Realisierung von öffentlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen einschließlich der Verbreitung der Ergebnisse durch Publikation, Ausstellung oder in anderer Form z.B. zu den Themen Demokratieentwicklung und Toleranzförderung
- Präventionsarbeit und Informationsvermittlung in Zusammenarbeit mit präventiv tätigen Institutionen, Vereinen, Initiativen und Privatpersonen durch Organisation von Bildungsveranstaltungen, Seminaren und Projekttagen (z.B. juristische Aufklärung, Argumentations- und Mediationstraining, Aufklärung über antidemokratische Strömungen)
- aktive Unterstützung von Opfern rechtsradikaler Gewalt und von Rassismus. Der Verein ist Ansprechpartner für Opfer, er unterstützt und vernetzt sich mit Opferhilfevereinen.

Auszug aus der Satzung

Lokaler Aktionsplan Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Gefördert werden Projekte in Weimar und im Weimarer Land, welche die Demokratie stärken und erlebbar machen. Dabei soll insbesondere die kulturelle Vielfalt und Humanität sowie die Solidarität in allen gesellschaftlichen Bereichen befördert werden.

Dazu werden Projekte gefördert, welche zum Ziel haben:

- Weiterbildungsangebote zum Thema Rechtsextremismus für Multiplikatoren und Pädagogen bei traditionellen Bildungsträgern zu verankern
- Förderung von Veranstaltungen um Jugendliche und Kinder zu den Themen »Demokratie (er-)leben« und »Rechtsextremismus in der eigenen Kultur« zu sensibilisieren
- Förderung jugendkultureller Eigeninitiative zu den Themen »Demokratie (er-) leben« und »Rechtsextremismus in der eigenen Kultur«
- Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen durch Bildung, (Erlebnis-) Pädagogik sowie Kultur/Sport für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus

- Unterstützung von Schulprojekten zum Thema Fremdenfeindlichkeit und kulturelle Vielfalt unter Beteiligung von aussiedler- und ausländischen Kulturen
- Förderung von Maßnahmen, welche Methoden wie Antirassismus-training in die Ausbildung von Gruppenleitern verankern.

Die Förderung beträgt pro Projektvorschlag bis zu 4.000.- Euro aus dem Aufruf »Lokaler Aktionsplan Vielfalt tut gut Weimar/Weimarer Land«

Folgende Klauseln werden für Vereins-Satzungen, Mietverträge bzw. Veranstaltungs-Einladungen empfohlen:

Klausel für Vereine

Vereinszweck

Grundlage der Vereinsarbeit ist das Bekenntnis aller Mitglieder des Vereins zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Der Verein vertritt den Grundsatz religiöser und weltanschaulicher Toleranz sowie parteipolitischer Neutralität. Er fördert die soziale Integration ausländischer Mitbürger. Der Verein tritt extremistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Bestrebungen entschieden entgegen. Der Verein bietet nur solchen Personen eine Mitgliedschaft an, die sich zu diesen Grundsätzen bekennen.

Klausel für Miet- und Überlassungsverträge

Der Mieter ist nicht berechtigt, die Mieträume zur Durchführung von Veranstaltungen zu nutzen, auf denen extremistisches Gedankengut dargestellt oder verbreitet wird, sei es vom Mieter selbst oder von Besuchern der Veranstaltung. Der Mieter bekennt mit der Unterschrift, dass die Veranstaltung keine extremistischen, rassistischen oder antidemokratischen Inhalte haben wird. Das heißt, dass insbesondere weder in Wort noch Schrift die Freiheit und Würde des Menschen verletzt wird, noch Symbole, die im Geiste verfassungsfeindlicher oder verfassungswidriger Organisationen stehen, verwendet oder verbreitet werden dürfen.

Der Vermieter ist berechtigt, dem Miet-/Überlassungsvertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist außerordentlich zu kündigen, wenn der Mieter die Mieträume entgegen seiner Verpflichtung ... nutzt. Gleiches gilt, wenn eine solche unbefugte Nutzung zu befürchten ist.

Der Mieter hat dem Vermieter alle Schäden zu ersetzen, die dem Vermieter durch die außerordentliche Kündigung entstehen.

Klausel für Stadion- und Sportplatzordnungen

Verboten ist den Besuchern der Sportstätte:

- a) Rassistisches, fremdenfeindliches, extremistisches, nationalsozialistisches oder ähnliches Propagandamaterial mitzubringen, rassistische, fremdenfeindliche, extremistische, nationalsozialistische Parolen zu äußern oder zu verbreiten oder Textilien, Bekleidung, Propagandamaterialien, Fahnen oder ähnliches mitzuführen von Firmen oder Marken, die rassistische, fremdenfeindliche, extremistische und/oder nationalsozialistische Gruppierungen oder Vereinigungen fördern und/oder unterstützen.
- b) Parolen zu äußern oder zu verbreiten, die menschenverachtende oder diskriminierende Inhalte haben.
- c) Das Tragen oder Mitführen von Kleidungsstücken, Fahnen, Transparenten, Aufhängern und ähnlichem mit den oben genannten Inhalten.

*Aus: Rechtsextremismus im Sport – NICHT MIT UNS!
Landessportbund Thüringen e.V., 2008*

Klausel für Veranstaltungen

Entsprechend § 6 Abs. 1 Versammlungsgesetz sind Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von der Veranstaltung ausgeschlossen.

Im Folgenden eine Auswahl von Informationsmöglichkeiten im Internet

Bundesweit

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Internetauftritt der Amadeu-Antonio-Stiftung mit vielen Beispielen von Aktionen gegen Rechtsextremismus, nützlichen Argumentationshilfen und ermutigenden Projekten

www.netz-gegen-nazis.de

Hier findet sich vieles Aktuelle, was man über Rechtsextremismus wissen sollte. Unter der Rubrik Handeln finden sich nachahmenswerte Beispiele von Aktionen, außerdem kann man mit anderen Nutzern vielfältige Fragen diskutieren.

www.respectabel.de

Förderprogramm für Projekte Jugendlicher zum Thema Toleranz und Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Besonders nützlich: Der mail-Pressespiegel zum Thema Rechtsextremismus, den man sich kostenlos bestellen kann.

www.buendnis-toleranz.de

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt stellt sich zur Aufgabe Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements zu sammeln, zu bündeln, zu vernetzen und öffentlich zu machen. Auch hier kann man einen Newsletter bestellen und Aufrufe zu Schülerwettbewerben finden

www.kompetent-fuer-demokratie

Hier finden Betroffene und Ratsuchende schnelle und kostenlose Unterstützung nach rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Vorfällen. Die Datenbank »Hilfe finden« vermittelt Kontakte zu Fachorganisationen und regionalen Initiativen, die vor Ort persönlich weiterhelfen können.

www.recht-gegen-rechts.de

Die Informationen auf dieser Seite helfen strafbare Sprüche, Aktionen und Symbole der Rechtsextremen zu erkennen, außerdem gibt es nützliche Tipps zu Strafanzeigen und Beratungsstellen.

<http://blog.zeit.de/stoerungsmelder>

Hier geht es um Neonazis. Wo sie auftreten, was sie dabei sagen und vor allem: Was man gegen sie unternehmen sollte.

www.redok.de

Redok ist ein Projekt, das sich mit Recherchen und Berichten vor allem aus den Bereichen Rechtsextremismus, Rassismus, Neonazismus, Antisemitismus befasst.

www.schule-ohne-rassismus.de

»Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« ist das größte Schulnetzwerk in Deutschland. Mehr als 500 Schulen gehören dem Netzwerk bereits an – jede/r kann mitmachen!

www.bpb.de

Bundeszentrale für politische Bildung, hier findet man unter anderem aktuelle Studien zum Thema Rechtsextremismus und kann verschiedene interessante Broschüren und Veranstaltungen zum Thema bestellen.

www.bnr.de

Der Informationsdienst »Blick nach rechts« berichtet aktuell über Aktivitäten im rechtsextremen Spektrum und über Gegenaktionen. Neben frei abrufbarem Material kann man online für 10 Euro im Jahr ausführliches Material abonnieren.

www.lautgegennazis.de

Die Kampagne versucht vor allem die Musik- und Sportszene, Wirtschaft, Politik, wichtige Verbände und Vereine für ein verantwortungsvolles Handeln gegen die Etablierung von rechtsextremem Gedankengut zu gewinnen. Hier kann man sich interessante Projekte mit und für junge Leute abgucken.

www.mediathek-gegen-rassismus.de

Mit über 3500 Titeln die größte Sammlung von Büchern, Broschüren, CDs, DVDs und Aktionskoffern für die präventive Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung – zur kostenlosen Ausleihe.

www.jugendschutz.net

Die Betreiber der Seite kontrollieren das Internet und sorgen für die Einhaltung des Jugendschutzes. Hinweise auf Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz und Verfassungsfeindliche Inhalte von Web-Seiten nimmt die Beschwerdestelle (Hotline) entgegen.

www.endstation-rechts.de

Die Seite dokumentiert und analysiert Anträge und Verhalten der NPD-Fraktionen in den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Und hier gibt es die »Storch-Heinar-Kollektion«.

<http://npd-blog.info>

Die Seite informiert ausführlich und meist sehr aktuell über Aktivitäten und Hintergründe in der NPD. Man kann Fragen stellen und mitdiskutieren.

<http://nip.systemli.org>

NiP Sachsen (»Nazis in Parlamenten«) ist ein Redaktions-Kollektiv, das mit seiner Internetseite eine kritische Dokumentation über die Aktivitäten von Nazis in sächsischen Parlamenten bietet. Begonnen hat das Projekt mit der Kommunalwahl im Juni 2004 und erweiterte sich nach der Landtagswahl im September 2004.

www.dasversteckspiel.de

Die Homepage stellt Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen dar, die im Alltag rechter Jugendlicher eine Rolle spielen. Symbole und Codes sind immer schwieriger zu entschlüsseln, das Versteckspiel kaum mehr zu durchschauen. Ein oberflächlicher Blick auf das Äußere reicht nicht aus, um seinen Gegenüber einzuordnen. Ist die »88« auf dem T-Shirt eine politische Aussage oder nur sportliches Design?

www.vvn-bda.de

Auf der Homepage der Verfolgten des Naziregimes und des Bundes der Antifaschisten findet man unter anderem Anregungen und Material zu NONPD, einer Kampagne zum NPD-Verbot.

Thüringen

www.mobit.org

Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus in Thüringen. Mobit bietet qualifizierte Beratung, Vorträge, Workshops zu verschiedenen Themenfeldern gegen Rechtsextremismus an.

www.netzwerk-courage.de

Das Netzwerk gegen Demokratie und Courage bietet u.a. in Thüringen Projektstage für Schüler/innen und Auszubildende als auch Lehrerfortbildungen an, die durch besonders kreative Methoden überzeugen.

www.opferhilfsdienst.de

Jurist/innen, Sozialpädagog/innen und Psycholog/innen beraten kompetent und lösungsorientiert Betroffene rechter Gewalt und deren Angehörige.

<http://artthur.antifa.net>

Eine Rechercheseite der Thüringer Antifa, auf der man etwas über Aktivitäten und Personen der rechten Szene erfahren kann.

www.deine-stimme-gegen-nazis.de

Der Aufruf zur Initiative »Deine Stimme gegen Nazis!« will für das Superwahljahr 2009 alle demokratisch denkenden Menschen in Thüringen hinter der Idee vereinen:
Die Wahl rechtsextremer Parteien ist weder eine politische Alternative noch Protest.
Gebt eure Stimme nicht den Neonazis!
Infos zu Unterstützern, Veranstaltungen und Initiativen in Thüringen.

www.aktionsnetzwerk.de

Seite des Aktionsnetzwerks Jena mit Schwerpunkt auf Aktionen zivilen Ungehorsams gegen rechtsextreme Aufmärsche

Weimar/Weimarer Land

www.weimar-zeigt-sich.de

Homepage des Bürgerbündnisses gegen Rechtsextremismus Weimar mit aktuellen Terminen und Aktionen, Kontakten und Links zu anderen Organisationen gegen Rechtsextremismus

www.vielfalt-tut-gut-weimar.de

Lokaler Aktionsplan für Weimar und Weimarer Land des Programms der Bundesregierung »VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie«, der nach Antragstellung Projekte und Initiativen zur Demokratieförderung inhaltlich berät und finanziell unterstützt.

www.ejbweimar.de

Die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar bietet Seminare, Tagungen, internationale Jugendbegegnungen und Projektwochen zur Demokratieentwicklung an.

www.demokratielab-weimar.de

Das »Laboratorium Demokratie« ist eine Plattform für die Entwicklung von Angeboten politisch-kultureller Bildung. Das Projekt nimmt den 90. Jahrestag der Weimarer Verfassung zum Anlass für die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen demokratischer Teilhabe.

<http://portal.blogsport.de>

Antifaschistisches Informationsportal für Weimar und Umgebung

<http://aawl.blogsport.de>

Aktuelle Termine und Texte der Autonomen Antifa Weimarer Land

<http://agap.antifa.net>

Aktuelle Termine und Texte der Autonomen Antifa Apolda

www.prager-haus-apolda.de

Der Prager-Haus-Verein widmet sich der Aufklärung über die Wurzeln und das Auftreten des Antisemitismus in der Region und dokumentiert die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung während der Zeit des Nationalsozialismus.

Die Herausgeber machen darauf aufmerksam, dass für die Internetseiten, auf die hier verwiesen werden, allein die jeweiligen Anbieter die Verantwortung tragen.

Die Herausgeber sind für den Inhalt solcher Seiten Dritter nicht verantwortlich und übernehmen keinerlei Gewähr für die dortigen Angaben.

Herausgeber:

Verein für Demokratie und Toleranz e.V. Weimar/Weimarer Land

Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimarer Land

Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimar

Herderplatz 14, 99423 Weimar

Tel: (03643) 77 73 60

E-Mail: weimar-gegen-rechts@web.de

Internet: www.weimar-zeigt-sich.de

2. überarbeitete Auflage

Redaktionsschluss: 15. April 2009

Gestaltung: Schroeter und Berger
schroeterundberger.de

*Dank an alle, die bei der Erstellung der Broschüre mitgeholfen haben!
Wenn Ihre Initiative oder Aktion gegen Rechtsextremismus hier noch keine
Erwähnung findet, schreiben Sie uns.*

*Mit Unterstützung von »Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz
und Demokratie«*



